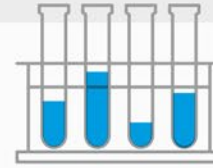
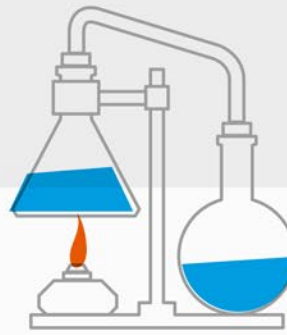
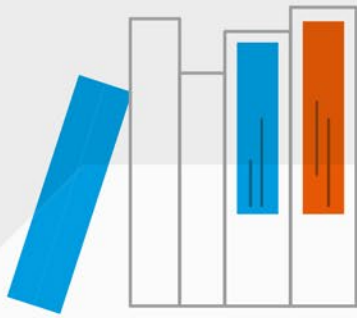


3 Bildung

Auszug aus dem
Datenreport 2018



2,8

Millionen Studierende waren im Wintersemester 2016/2017 an deutschen Hochschulen eingeschrieben – so viele wie nie zuvor.



400 000

Jugendliche beendeten 2016 erfolgreich ihre Ausbildung mit bestandener Abschlussprüfung, 3,6 Prozent weniger als im Vorjahr.



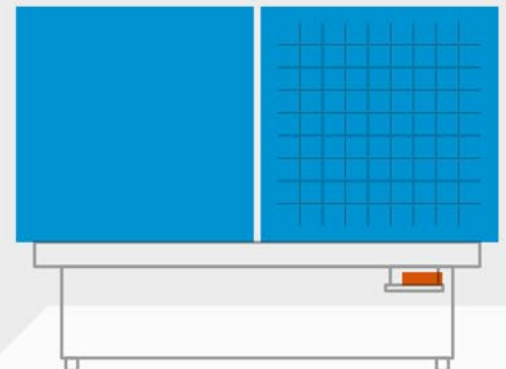
720 700

Kinder wurden zu Beginn des Schuljahres 2016/2017 in Deutschland eingeschult, 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr.



77

Prozent der Betriebe boten 2015 Weiterbildungsmöglichkeiten für ihre Belegschaft an.





3 Bildung

3.1 Bildungs- beteiligung, Bildungsniveau und Bildungs- budget

Hans-Werner Freitag,
Andreas Schulz

Statistisches Bundesamt
(Destatis)

Bildung ist aus individueller sowie gesellschaftlicher Sicht von zentraler Bedeutung. Dem Einzelnen ermöglicht ein guter Bildungsabschluss bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, bei der gesellschaftlichen Teilhabe und der Gestaltung der individuellen Lebensführung. Aus Unternehmenssicht sind gut ausgebildete Fachkräfte ein wichtiger Standortfaktor, um im internationalen Wettbewerb um Marktanteile und Innovationen bestehen zu können. Auch für den Staat rentiert sich eine gut ausgebildete Bevölkerung: Qualifizierte Arbeitskräfte werden auch für die öffentliche Verwaltung gesucht und eine gute wirtschaftliche Entwicklung führt zu höheren Steuereinnahmen bei gleichzeitig niedrigen Sozialausgaben.

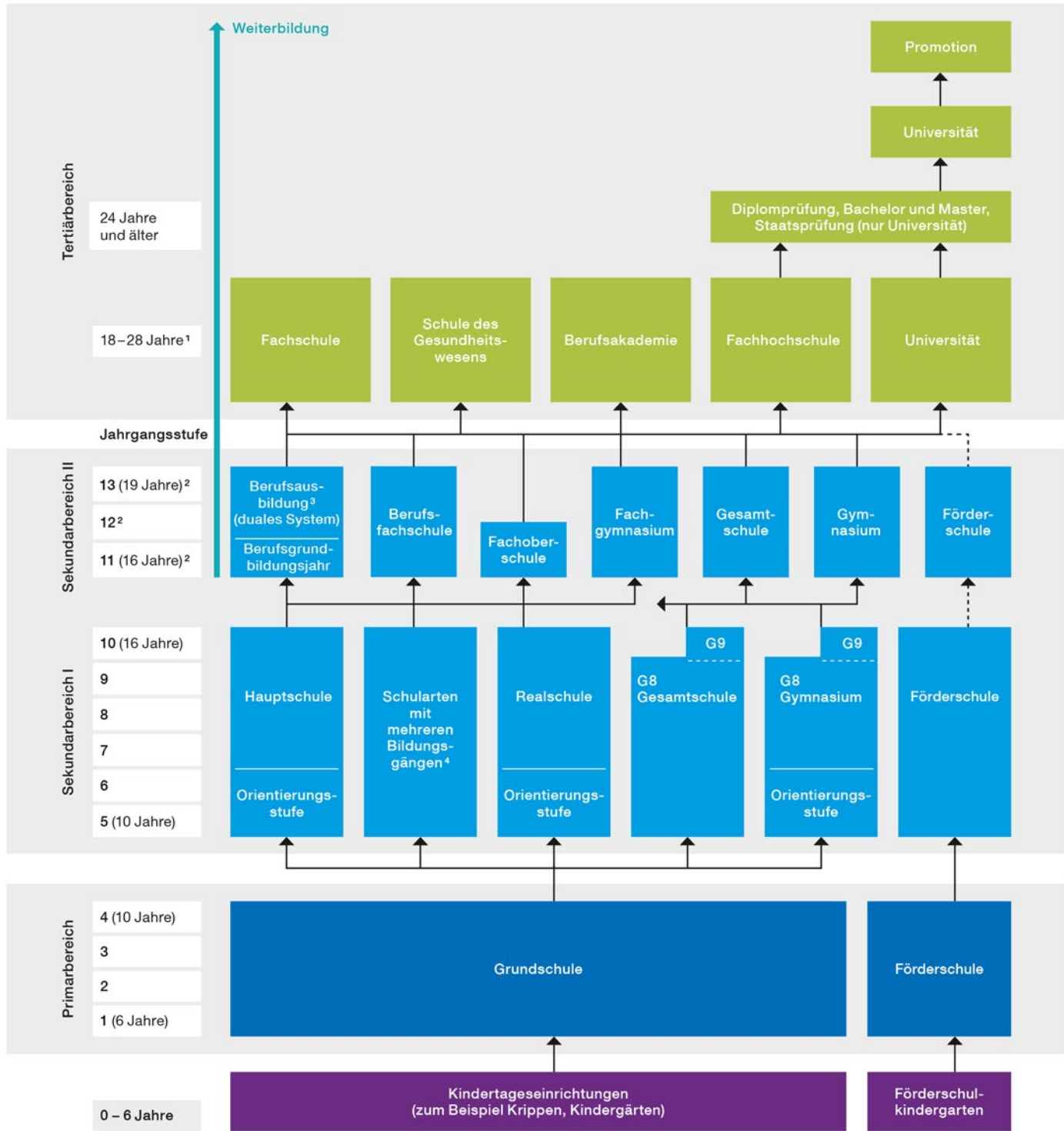
Für Staat und Gesellschaft ist es daher wichtig, jeder Person den Zugang zu Bildung zu ermöglichen – unabhängig vom eigenen Einkommen oder dem Einkommen der Eltern. Hierfür hat der Staat verschiedene Förderprogramme geschaffen (siehe Abschnitt 3.1.5, Seite 119).

Betrachtet man die Entwicklung des Bildungsstandes der Bevölkerung, dann gibt es signifikante Unterschiede zwischen den jüngeren und den älteren Kohorten. In den letzten Jahrzehnten ist ein klarer Trend zu höheren Bildungsabschlüssen zu erkennen. Immer mehr Personen eines Altersjahrgangs erwerben im Lauf ihres

Lebens einen mittleren Abschluss oder die Hochschulzugangsberechtigung. Auch der Anteil der Bevölkerung, der studiert, hat sich deutlich erhöht, wie die stark gestiegenen Studierendenzahlen in den letzten zehn Jahren zeigen. Auf der anderen Seite nimmt der Anteil der Personen stetig ab, die maximal einen Hauptschulabschluss erwerben (siehe Abschnitt 3.1.6, Seite 120).

Auf ihrem Lebensweg durchlaufen die Menschen verschiedene Bildungsetappen. Bildung beginnt für einige Kinder schon in den ersten Lebensjahren durch den Besuch einer Kindertageseinrichtung. Für die meisten Kinder startet im Alter zwischen 6 und 7 Jahren die Schulzeit. Zunächst wird die Primarstufe (zum Beispiel Grundschule) und anschließend die Sekundarstufe I (beispielsweise Hauptschule, Realschule, Gymnasium) absolviert. Am Ende der Sekundarstufe I erwirbt ein Teil der Schülerinnen und Schüler einen Hauptschulabschluss oder einen mittleren Abschluss. Für andere geht es nahtlos in der Sekundarstufe II weiter, um das Abitur zu erlangen. Nach Abschluss der allgemeinbildenden Schulzeit gibt es verschiedene Möglichkeiten für den weiteren Bildungsverlauf. Ein Teil der jungen Menschen entscheidet sich für eine berufliche Ausbildung im dualen System oder an einer Berufsschule. Hier

► Abb 1 Das Bildungssystem in Deutschland



1 Durch die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Schuljahre ist die Zahl der Bildungsteilnehmenden, die 18 Jahre oder jünger sind, an Hochschulen und Berufsakademien gestiegen.
 2 Durch die Einführung von G8 an Gymnasien und Gesamtschulen beginnen die Klassenstufen im Sekundarbereich II ein Jahr früher, diese Schüler/-innen sind ein Jahr jünger. Bei G8 bedeutet dies zum Beispiel, dass die Einführungsstufe (E1) in der 10. Klassenstufe mit einem Alter von durchschnittlich 15 Jahren beginnt.
 3 In Berufsschule und Betrieb (duales System).
 4 Einschließlich Bildungsgangübergreifende Klassen, Mittelschulen, Sekundarschulen und Erweiterte Realschulen, Kombinierte Klassen an Sekundarschulen, Regelschulen, Regionale Schulen und Duale Oberschulen.

► Info 1

Integrierte Gesamtschulen

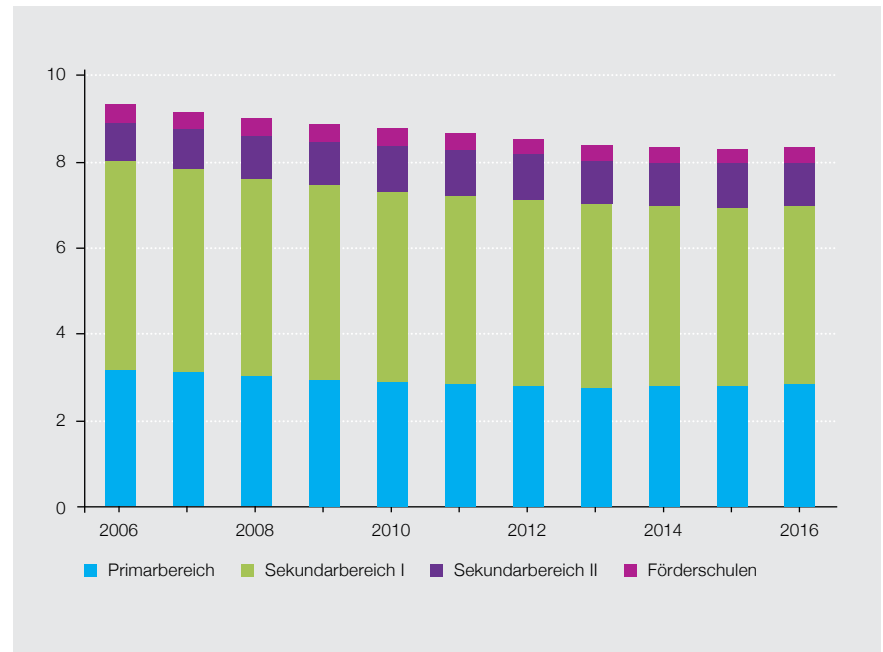
Integrierte Gesamtschulen (IGS) sind Einrichtungen, bei denen die verschiedenen Schularten zu einer integrierten Schulart zusammengefasst sind. Diese Gesamtschulen umfassen im Regelfall die Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 9/10) und die gymnasiale Oberstufe (Einführungs- und Qualifikationsphasen 1 und 2). Sie können auch die Primarstufe (Klassenstufen 1 bis 4) führen. In der Bundesstatistik erfolgt eine länderspezifische institutionelle Zuordnung. Beispielsweise werden Stadtteilschulen, Gemeinschaftsschulen oder Oberschulen den Integrierten Gesamtschulen zugeordnet.

können teilweise auch allgemeinbildende Schulabschlüsse – wie die Fachhochschulreife – erworben werden. Für ein Studium entscheiden sich viele Jugendliche direkt nach der Schulzeit, andere erst nach einer beruflichen Ausbildung. Personen, die keinen allgemeinbildenden Schulabschluss erworben haben oder einen höheren nachträglich erwerben möchten, können – auch nach Ende der regulären Schulzeit – an Abendschulen ihren angestrebten Abschluss nachholen. ► Abb 1

Dieses Kapitel zeigt die Zahlen der Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer für allgemeinbildende und berufliche Schulen sowie Hochschulen. Ergänzend enthält es auch Daten zu den Lehrkräften, den Bildungsausgaben sowie zur Bildungsförderung. Über Kinder in Kindertagesbetreuung berichtet Kapitel 2.2, Seite 66.

Die Bildungsdaten dieses Kapitels stammen aus der amtlichen Schulstatistik (Schülerinnen und Schüler, Absolventinnen und Absolventen, Abgängerinnen und Abgänger sowie Lehrkräfte), der Berufsbildungsstatistik (Auszubildende, Abschlussprüfungen), der Hochschulstatistik (Studierende, Studienanfängerinnen und Studienanfänger, Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen sowie Hochschulpersonal), dem Bericht Deutsche Studierende im Ausland, dem Mikrozensus (Bildungsstand der Bevölkerung) sowie der Finanzstatistik und der Hochschulfinanzstatistik (Bildungsausgaben).

► Abb 2 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen nach Bildungsbereichen – in Millionen



3.1.1 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Das Grundgesetz überlässt den Ländern im föderalen System die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen. Im Rahmen ihrer Kulturhoheit gestalten die Länder ihr Bildungssystem entsprechend den regionalen Erfordernissen sowie den gesellschaftlichen und politischen Wertvorstellungen.

Schülerinnen und Schüler

Zu Beginn des Schuljahres 2016/2017 wurden in Deutschland 720 700 Kinder eingeschult. Dies entspricht einer Zunahme um 2,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Gegenüber 2006 ging die Zahl der Schulanfängerinnen und Schulanfänger in Deutschland um 9,1 % zurück. Hintergrund hierfür sind demografische Entwicklungen: Ende 2006 lag die Zahl der Fünf- bis Sechsjährigen in Deutschland insgesamt bei 741 000, Ende 2016 bei nur noch 710 000. Bundesweit begannen 94 % der Schulanfängerinnen und Schulanfänger ihre Schullaufbahn

an Grundschulen, 3,0 % an Förderschulen, 2,5 % an Integrierten Gesamtschulen und 0,9 % an Freien Waldorfschulen. Der Trend zum längeren gemeinsamen Lernen hat dazu geführt, dass mehrere Länder an Integrierten Gesamtschulen seit 2012 auch einen Primarbereich (Klassenstufen 1 bis 4) anbieten. Zehn Jahre zuvor lag der Anteil der Einschulungen an Integrierten Gesamtschulen bei 0,3 %. ► Info 1

Die Einschulungen wirken sich entsprechend zeitversetzt auf die Schülerzahlen in allen Bildungsbereichen aus. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen sank in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich von 9,4 Millionen im Jahr 2006 auf 8,4 Millionen im Jahr 2016. Während 34 % der Schülerschaft auf eine Schule des Primarbereichs gingen, besuchten 50 % aller Schülerinnen und Schüler den Sekundarbereich I. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich II lag bei 12 %. Eine Förderschule besuchten 3,8 %. ► Abb 2

► **Tab 1 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen nach Schularten – in Tausend**

	2006	2011	2014	2015	2016
Vorklassen und Schulkindergärten	29	28	27	27	28
Primarbereich	3 193	2 832	2 789	2 807	2 868
↳ Grundschulen	3 157	2 790	2 709	2 715	2 769
Sekundarbereich I	4 838	4 392	4 189	4 150	4 139
↳ Schulartunabhängige Orientierungsstufe	100	101	99	101	104
↳ Hauptschulen	953	657	508	466	428
↳ Schularten mit mehreren Bildungsgängen	312	400	477	499	520
↳ Realschulen	1 301	1 130	951	900	853
↳ Gymnasien	1 691	1 517	1 432	1 418	1 417
↳ Integrierte Gesamtschulen	421	524	660	705	759
Sekundarbereich II	888	1 061	1 027	1 023	1 003
↳ Gymnasien	758	916	872	863	836
↳ Integrierte Gesamtschulen	77	92	106	113	121
Förderschulen	408	366	335	322	318
Insgesamt	9 356	8 678	8 367	8 335	8 370

► **Tab 2 Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen nach Schularten – in Tausend**

	2006	2011	2014	2015	2016
Teilzeit-Berufsschulen	1 669	1 559	1 444	1 424	1 415
Berufsvorbereitungsjahr	72	49	53	81	122
Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form	48	30	30	7	7
Berufsfachschulen ¹	567	456	426	432	425
↳ Berufsausbildung	283	244	234	233	224
Fachoberschulen	130	137	140	140	139
Fachgymnasien	124	168	190	195	193
Berufsoberschulen/ Technische Oberschulen	19	25	21	19	17
Fachschulen und Fachakademien	152	189	202	200	197
Insgesamt	2 782	2 612	2 506	2 497	2 515
nachrichtlich: Schulen des Gesundheitswesens	123	135	153	153	155

¹ Einschließlich Berufsaufbauschulen in Baden-Württemberg.

Der größte Teil der Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen des Sekundarbereichs I besuchte ein Gymnasium, im Jahr 2016 waren dies 34 %. Der Anteil der Realschülerinnen und Realschüler lag bei 21 %, und 10 % besuchten eine Hauptschule. Rund 18 % der Schülerschaft der Sekundarstufe I waren an einer Integrierten Gesamtschule, 13 % an Schularten mit mehreren Bildungsgän-

gen. Nur ein geringer Anteil der Schülerschaft der Sekundarstufe I besuchte die Schulartunabhängige Orientierungsstufe und die Freien Waldorfschulen. Im Verlauf der letzten zehn Jahre hat sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine Hauptschule besuchen, um knapp 9 Prozentpunkte verringert. Da viele Länder Hauptschulen abgeschafft haben oder abschaffen, gehört diese Schulart

nicht mehr zum Angebot in allen Bundesländern und die Schülerschaft hat sich mehr als halbiert. Deutlich zurück ging auch der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine Realschule besuchten. Demgegenüber stieg im Zeitverlauf der Anteil für die Integrierten Gesamtschulen um rund 10 Prozentpunkte und für die Schularten mit mehreren Bildungsgängen um 6 Prozentpunkte. Der Anteil der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in der Sekundarstufe I fiel im Zeitverlauf um knapp 1 Prozentpunkt. ► [Tab 1](#)

Neben den bereits genannten Schularten gibt es Förderschulen, an denen körperlich, geistig oder seelisch benachteiligte oder sozial gefährdete Kinder unterrichtet werden. Im Jahr 2016 besuchten 317 600 Kinder eine Förderschule, dies sind 3,8 % der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die außerhalb von Förderschulen an den übrigen allgemeinbildenden Schulen – insbesondere an Grundschulen – unterrichtet werden, mehr als verdoppelt. Während 2006 bundesweit lediglich 72 900 sogenannte Integrationsschülerinnen und Integrationsschüler sonstige allgemeinbildende Schulen besuchten, waren es 2016 bereits 179 800. Insgesamt wurde somit im Schuljahr 2016/2017 in Deutschland bei knapp 497 400 Schülerinnen und Schülern von einem sonderpädagogischen Förderbedarf ausgegangen. Das waren 7,1 % der gesamten Schülerschaft in den Klassenstufen 1 bis 10, vor zehn Jahren waren es 5,9 %.

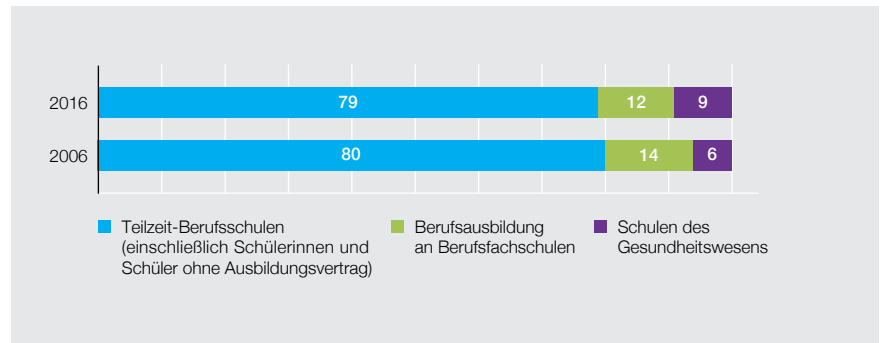
An den Grundschulen, an denen in der Regel alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden, waren Mädchen (49 %) und Jungen (51 %) etwa gleich verteilt. An den weiterführenden Schularten war der Mädchenanteil unterschiedlich: Die Spanne reichte 2016 von 53 % an Gymnasien über 49 % an Realschulen, 48 % an Integrierten Gesamtschulen bis zu 43 % an Hauptschulen. An Förderschulen betrug der Anteil der Schülerinnen 35 %.

Ein großer Teil der Jugendlichen beginnt nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen eine Berufsausbildung im dualen System von Teilzeit-Berufsschule und Betrieb. Die Berufsschule ergänzt im dualen Ausbildungssystem die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Teilzeit-Berufsschule auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag besucht, die noch der Schulpflicht unterliegen und keine andere Schule besuchen. Insgesamt wurden 2016 in Deutschland 1,4 Millionen Jugendliche an Teilzeit-Berufsschulen unterrichtet. In den vergangenen zehn Jahren sank ihre Zahl um 15%. ▶ [Tab 2](#)

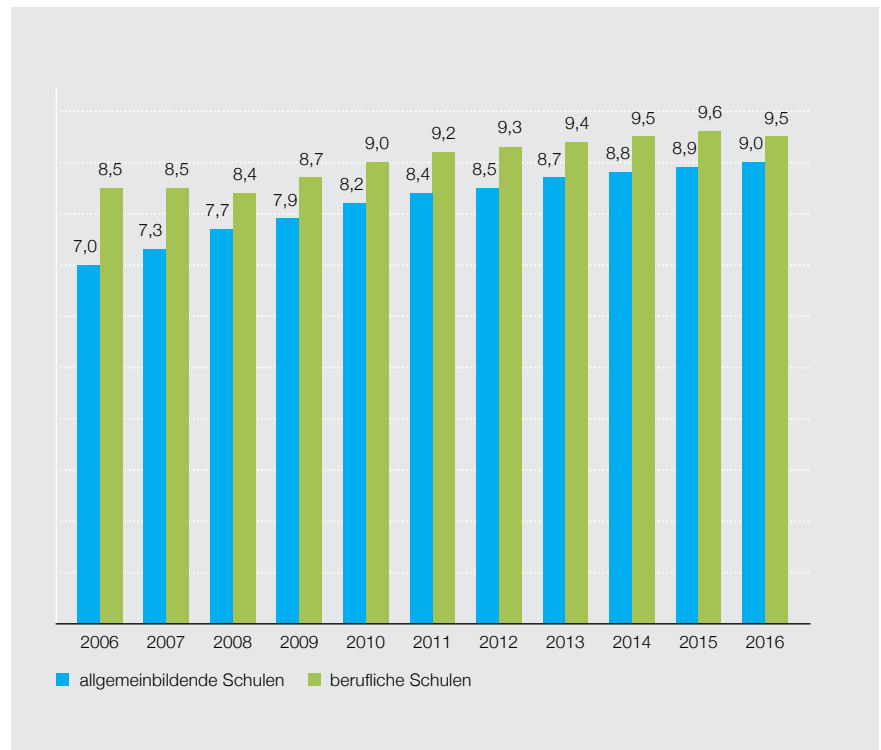
Neben den Berufsausbildungen im dualen System gibt es weitere Formen der schulischen Berufsausbildung, die im Wesentlichen an Berufsfachschulen und Schulen des Gesundheitswesens angeboten werden. Dabei handelt es sich neben den Sozial- und Gesundheitsdienstberufen vor allem um Assistenzberufe wie Kaufmännische Assistentin beziehungsweise Kaufmännischer Assistent. Rund 379 200 Jugendliche befanden sich 2016 in einer schulischen Berufsausbildung. Das waren 21 % aller Jugendlichen, die eine Berufsausbildung absolvierten. ▶ [Abb 3](#)

In den letzten Jahren ist das Interesse an Privatschulen deutlich gestiegen. Den rechtlichen Rahmen für die Gründung und den Betrieb von Privatschulen legen die jeweiligen Schulgesetze der Länder fest. Privatschulen können von natürlichen und juristischen Personen (wie Kirchen, Vereinen) errichtet und betrieben werden. Im Jahr 2016 besuchten 750 600 Schülerinnen und Schüler private allgemeinbildende Schulen und 239 800 private berufliche Schulen. Das entsprach einem Anteil von 9,0 % der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und 9,5 % an beruflichen Schulen. Im Vergleich dazu lagen 2006 die Anteile der Privatschülerinnen und Privatschüler an allen Schülerinnen und Schülern der allgemeinbildenden Schulen bei 7,0 % und der beruflichen Schulen bei 8,5 %. ▶ [Abb 4](#)

▶ **Abb 3** Schülerinnen und Schüler in Berufsausbildung nach Schularten – in Prozent



▶ **Abb 4** Anteil der Privatschülerinnen und Privatschüler – in Prozent

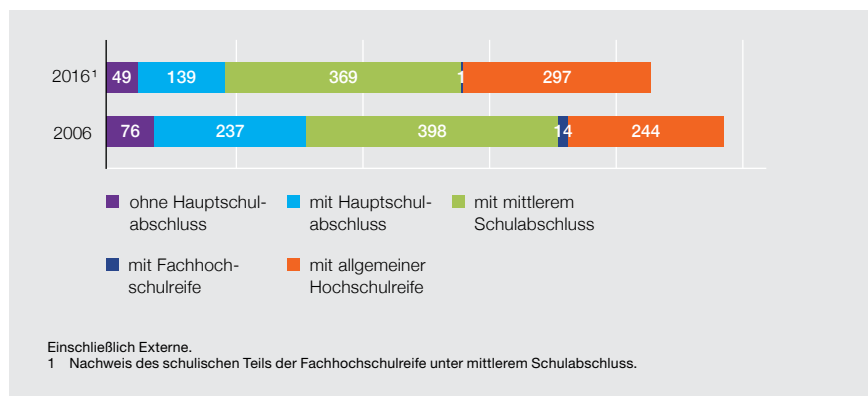


Allgemeinbildende und berufliche Abschlüsse

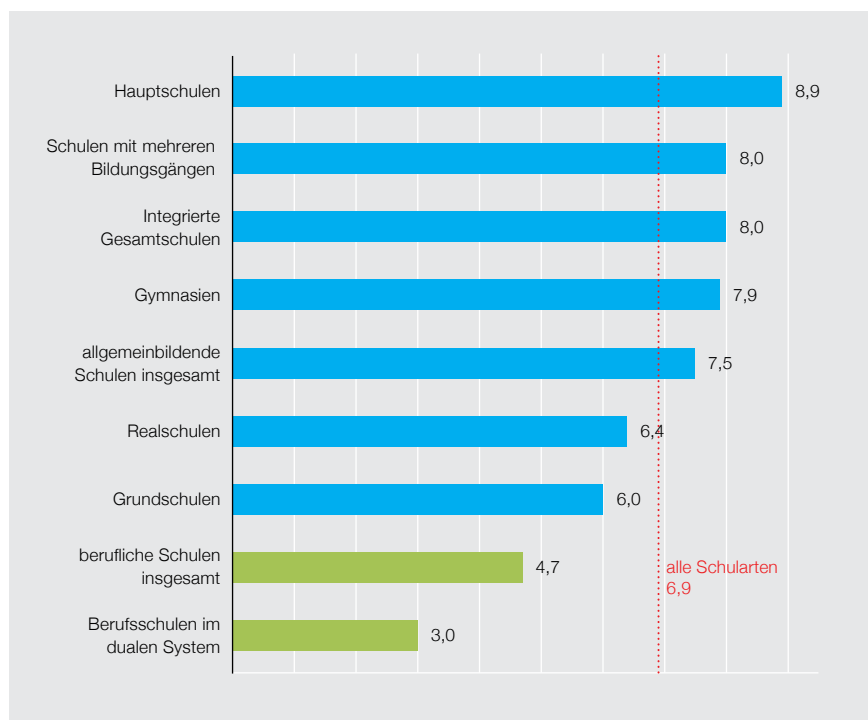
Im Jahr 2016 wurden 855 600 junge Menschen (mit und ohne Schulabschluss) aus den allgemeinbildenden Schulen entlassen. Das sind 12 % weniger als 2006. Von den Schulentlassenen 2016 blieben 5,7 % ohne Abschluss, 16 % erwarben den Hauptschulabschluss und 35 % die allge-

meine Hochschulreife. Diese Struktur hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Vor zehn Jahren verließen noch 7,8 % der Jugendlichen die allgemeinbildenden Schulen ohne einen Abschluss und 24 % mit einem Hauptschulabschluss. Lediglich 25 % erwarben 2006 die allgemeine Hochschulreife. Im Bereich der mittleren Abschlüsse ist zwischen 2006 und 2016

► **Abb 5 Absolventinnen/Absolventen und Abgängerinnen/Abgänger nach Abschlussarten – in Tausend**



► **Abb 6 Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Schularten 2015 – in Tausend Euro**



eine leichte prozentuale Zunahme von 41 % auf 43 % zu verzeichnen. Diese ist jedoch überwiegend methodisch begründet, da seit 2014 der schulische Teil der Fachhochschulreife zu den mittleren Schulabschlüssen gezählt wird. ► [Abb 5](#)

Junge Männer verließen 2016 die allgemeinbildenden Schulen im Durchschnitt mit einem niedrigeren Abschlussniveau

als junge Frauen: 7,2 % der männlichen Schulentlassenen erreichten keinen Abschluss, gegenüber 4,8 % bei den jungen Frauen. Von den männlichen Absolventen erhielten 31 % die Studienberechtigung, bei den Frauen waren es 39 %.

Seit der Bildungsreform in den 1970er-Jahren können auch an beruflichen Schulen allgemeinbildende Abschlüsse erwor-

ben werden. Rund 33 900 Jugendliche bestanden 2016 an beruflichen Schulen den Hauptschulabschluss und 156 000 Jugendliche erlangten die Studienberechtigung. Im Vergleich dazu erwarben an allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2016 rund 297 200 Absolventinnen und Absolventen die Berechtigung, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Somit betrug die Studienberechtigtenquote, die den Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung zeigt, 52 %. Die Studienberechtigtenquote 2006 lag damals noch bei 43 %. Hier zeigt sich ein deutlicher Trend zur Höherqualifizierung. Teilweise schlagen sich in diesem Wert allerdings auch doppelte Abiturjahrgänge nieder – infolge der Umstellung von G9 auf G8, der Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre.

Lehrkräfte

Im Jahr 2016 unterrichteten in Deutschland 673 000 hauptberufliche Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen und 125 000 an beruflichen Schulen. An allgemeinbildenden Schulen waren 38 % der hauptberuflichen Lehrerinnen und Lehrer in Teilzeit beschäftigt. An beruflichen Schulen betrug dieser Anteil nur 31 %. Auch die Geschlechterverteilung ist bei allgemeinbildenden und beruflichen Schulen unterschiedlich: Rund 73 % der hauptberuflichen Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen waren Frauen, an beruflichen Schulen betrug dieser Anteil nur 52 %. Den höchsten Frauenanteil hatten Schulkindergärten mit 95 %, Grundschulen mit 89 % sowie Vorklassen mit 85 %. Mit steigendem Bildungsziel der Schularten sank der Frauenanteil an den Lehrkräften, lag aber dennoch stets über 50 %. An Gymnasien betrug der Anteil im Jahr 2016 rund 60 %, an Abendschulen und Kollegs 57 %.

Im Schuljahr 2016/2017 waren insgesamt 14 % der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen 60 Jahre und älter. Die größte Altersgruppe der Lehrkräfte bildeten die 40- bis 49-Jährigen mit fast 27 %, gefolgt von den 50- bis 59-Jährigen und

den 30- bis 39-Jährigen mit jeweils 26 %. Unter 30 Jahre waren lediglich 7,2 % der Lehrkräfte. Der geringe Anteil jüngerer Lehrkräfte ist zum einen auf die Länge der Hochschulausbildung zurückzuführen. Zum anderen wurden aufgrund des Schülerrückgangs in den letzten zehn Jahren weniger Lehrkräfte eingestellt.

Ausgaben je Schülerin und Schüler

Die Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen sind ein Maß dafür, wie viele Mittel der Staat jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung zur Verfügung stellt. Die Ausgaben setzen sich aus Personalausgaben (einschließlich unterstellter Sozialausgaben für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen), laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben zusammen, wobei die Personalausgaben die dominierende Ausgabenkomponente sind.

Die öffentlichen Haushalte gaben 2015 bundesweit durchschnittlich 6 900 Euro für die Ausbildung einer Schülerin beziehungsweise eines Schülers an öffentlichen Schulen aus – das waren rund 2 000 Euro mehr als im Jahr 2005. Die Ausgaben je Schülerin und Schüler schwankten stark nach Schularten: Die allgemeinbildenden Schulen waren mit 7 500 Euro teurer als die beruflichen Schulen mit 4 700 Euro.

Innerhalb der allgemeinbildenden Schulen lagen Grundschulen (6 000 Euro) und Realschulen (6 400 Euro) unter dem Durchschnitt, Gymnasien (7 900 Euro), Integrierte Gesamtschulen (8 000 Euro), Schulen mit mehreren Bildungsgängen (8 000 Euro) und Hauptschulen (8 900 Euro) darüber. Die vergleichsweise niedrigen Aufwendungen von 3 000 Euro je Schülerin und Schüler bei den Berufsschulen im dualen Ausbildungssystem sind auf den dort praktizierten Teilzeitunterricht zurückzuführen. ▶ [Abb 6](#)

3.1.2 Der sozioökonomische Status der Schülerinnen und Schüler

Aufgrund der demografischen Entwicklung, des Strukturwandels sowie der zu-

nehmenden Technologisierung, Digitalisierung und Globalisierung rechnen viele Expertinnen und Experten in naher Zukunft mit einem Fachkräftemangel in Deutschland. Diesem kann nur begegnet werden, wenn das Bildungsniveau der Bevölkerung weiter ansteigt und die Bevorratungsreserven ausgeschöpft werden, indem alle gesellschaftlichen Schichten die gleichen Zugangschancen zur Bildung erhalten.

Internationale Vergleichsstudien wie PISA (Programme for International Student Assessment) und IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) haben jedoch gezeigt, dass in Deutschland der Bildungserfolg und die Bildungschancen von Kindern stark von ihrer sozialen Herkunft beziehungsweise dem Migrationshintergrund abhängen (Migration siehe Kapitel 2.1, Seite 59, Info 4). Auch die Schulwahl wird stark vom familiären Hintergrund bestimmt. Ein wichtiger Indikator für den sozioökonomischen Status von Kindern ist der Bildungsabschluss der Eltern. Informationen hierzu liefert der Mikrozensus, eine jährlich durchgeführte Haushaltsbefragung (Mikrozensus siehe Kapitel 2.1, Seite 52, Info 1).

Im Jahr 2016 lebten 43 % der Kinder und Jugendlichen, die eine allgemeinbildende oder berufliche Schule besuchten, in Familien mit mindestens einem Elternteil, der Abitur oder Fachhochschulreife besaß. Ein knappes Fünftel (18 %) der Eltern wies einen Hauptschulabschluss als höchsten allgemeinbildenden Abschluss auf. Rund 4,2 % der Schülerinnen und Schüler lebten in Familien, in denen kein Elternteil einen allgemeinbildenden Schulabschluss vorweisen konnte. Betrachtet man den höchsten beruflichen Bildungsabschluss in der Familie, so wuchs mehr als ein Viertel (27 %) der Schülerinnen und Schüler in Familien auf, in denen mindestens ein Elternteil einen Bachelor oder Master, ein Diplom oder eine Promotion besaß. Rund 14 % der Kinder lebten in Familien, in denen kein beruflicher Bildungsabschluss vorhanden war. ▶ [Tab 3](#)

Die Verteilung der Kinder und Jugendlichen auf die Schularten macht den Einfluss des familiären Hintergrunds deutlich. Generell gilt: Je höher der allgemeinbildende oder berufliche Abschluss der Eltern, desto geringer waren die Schüleranteile an Hauptschulen und desto höher waren die Schüleranteile an Gymnasien.

Nur 8,7 % der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten wuchsen in Familien auf, in denen die Eltern einen Hauptschulabschluss als höchsten Schulabschluss oder keinen allgemeinbildenden Schulabschluss besaßen. An Hauptschulen war der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit diesem sozialen Status mit 56 % sechsmal so hoch. Dagegen fanden sich an Gymnasien hauptsächlich Kinder, deren Eltern die Fachhochschul- oder Hochschulreife aufwiesen (64 %). An Hauptschulen war diese Schülergruppe mit nur 15 % vertreten.

Ähnliche herkunftsbedingte Muster zeigt auch die Verteilung der Kinder und Jugendlichen auf die Schularten anhand des höchsten beruflichen Bildungsabschlusses in der Familie.

Neben dem elterlichen Bildungsabschluss hat auch der Migrationshintergrund einen großen Einfluss auf die Art der besuchten Schule. Im Jahr 2016 wiesen insgesamt 33 % der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund auf. Die größte Herkunftsgruppe (6,3 %) waren türkischstämmige Kinder und Jugendliche. Die deutlichsten Unterschiede in der Zusammensetzung der Schülerschaft fanden sich erneut zwischen Hauptschulen und Gymnasien: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund war mit 55 % an Hauptschulen doppelt so hoch wie an Gymnasien (27 %). Die Zusammensetzung der Kinder mit Migrationshintergrund nach Herkunftsgruppen unterscheidet sich auch zwischen den Schularten deutlich. Schülerinnen und Schüler mit türkischen Wurzeln (11 %) bildeten an Hauptschulen mit Abstand die größte Herkunftsgruppe, an Gymnasien betrug ihr Anteil 4,4 %. ▶ [Tab 4](#)

► Tab 3 Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss der Eltern 2016

	Insgesamt ¹	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss der Eltern ²				Ohne allgemeinbildenden Schulabschluss ³
		Haupt-(Volks-)schulabschluss	Abschluss der polytechnischen Oberschule	mittlerer Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	
	in 1 000	in %				
Grundschule	2 878	15,6	3,2	28,3	47,8	4,5
Hauptschule	386	43,4	1,9	26,8	14,9	12,2
Realschule	1 274	21,8	6,1	38,6	29,0	4,0
Gymnasium	2 552	7,1	4,3	22,6	64,2	1,6
Sonstige allgemeinbildende Schule ⁴	1 542	21,7	6,5	31,0	34,1	5,8
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	50	36,4	/	29,9	18,6	10,9
Berufliche Schule, die zur Fachhochschul-/Hochschulreife führt	291	18,2	4,6	35,0	37,7	3,7
Berufsschule	1 069	28,0	8,0	35,6	23,8	4,1
Sonstige berufliche Schule ⁵	274	27,2	8,4	32,4	26,9	4,4
Insgesamt	10 316	18,0	5,0	29,6	42,8	4,2

Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschließlich 38000 Kinder, deren Eltern keine Angaben zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss gemacht haben, sowie 19000 Kinder, deren Eltern keine Angabe zur Art des Abschlusses gemacht haben.

2 Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.

3 Einschließlich Eltern mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch, beziehungsweise einer geringen Anzahl von Eltern, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden.

4 Schulartunabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.

5 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, die einen Berufsabschluss vermittelt, Schule für Gesundheits- und Sozialberufe.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

► Tab 4 Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und Migrationshintergrund 2016

	Insgesamt	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund					
			insgesamt ¹	Herkunftsregion				
	in 1 000	in %						
			Türkei	sonstige ehemalige Anwerbestaaten ²	sonstige Staaten der Europäischen Union	sonstige europäische Länder	sonstige nicht europäische Länder	
Grundschule	2 878	62,5	37,5	6,1	6,1	7,0	3,4	10,5
Hauptschule	386	45,2	54,8	11,0	13,2	9,1	4,0	14,3
Realschule	1 274	65,1	34,9	7,4	6,3	5,9	3,8	8,1
Gymnasium	2 552	73,0	27,0	4,4	3,8	5,8	2,9	6,8
Sonstige allgemeinbildende Schule ³	1 542	66,7	33,3	7,2	5,8	5,4	2,9	9,2
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	50	54,0	46,0	13,6	/	/	/	11,8
Berufliche Schule, die zur Fachhochschul-/Hochschulreife führt	291	68,1	31,9	8,5	5,9	5,2	3,2	6,4
Berufsschule	1 069	73,3	26,7	6,9	5,8	4,4	2,6	5,1
Sonstige berufliche Schule ⁴	274	71,4	28,6	5,4	5,9	5,6	3,3	6,7
Insgesamt	10 316	66,9	33,1	6,3	5,8	6,1	3,2	8,4

Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschließlich 344000 Personen ohne Angabe zur Herkunftsregion.

2 Das ehemalige Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien sowie Griechenland, Italien, Portugal und Spanien.

3 Schulartunabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.

4 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, die einen Berufsabschluss vermittelt, Schule für Gesundheits- und Sozialberufe.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

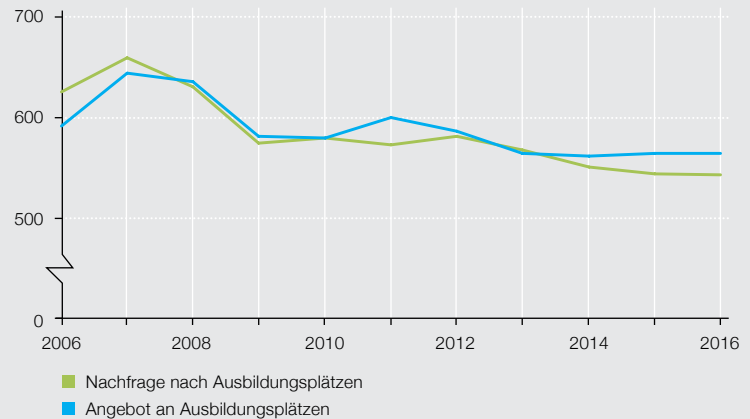
3.1.3 Betriebliche Berufsausbildung

Im dualen Ausbildungssystem besuchen Jugendliche die Berufsschule und werden zusätzlich im Betrieb auch praktisch am Arbeitsplatz ausgebildet. Dadurch wird theoretischer und praktischer Lernstoff verknüpft. Außerdem sichern sich die Unternehmen durch die Ausbildung von Jugendlichen auch den eigenen Fachkräftenachwuchs. Im Jahr 2016 haben rund 510 000 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag neu abgeschlossen. Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise führte in Deutschland 2009 zu einem Rückgang des Ausbildungsplatzangebotes. Da gleichzeitig demografisch bedingt die Zahl der Jugendlichen sank, die an einer Ausbildungsstelle interessiert waren, führte dies im Ergebnis zu einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt. ▶ [Abb 7](#)

Die Chancen der Jugendlichen hängen neben der regionalen Wirtschaftsstruktur und -entwicklung auch von individuellen Qualifikationen ab, unter anderem von den erreichten Schulabschlüssen. Von den Jugendlichen, die 2016 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaßen 28 % Abitur oder Fachhochschulreife; 42 % verfügten über einen mittleren Abschluss und 29 % blieben mit ihrem erreichten Abschluss darunter. Einer beziehungsweise eine von elf Jugendlichen (8,9 %) mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag hatte vor Abschluss des Vertrages an einer berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung teilgenommen. Dabei besuchen Jugendliche zum Beispiel eine Berufsfachschule, ein Berufsgrundbildungsjahr oder ein Berufsvorbereitungsjahr, um die Chancen auf einen Ausbildungsplatz durch einen höherwertigen Schulabschluss zu verbessern oder die Zeit bis zur nächsten Bewerbungsrunde im folgenden Jahr zu überbrücken.

Die Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe im Jahr 2016 ließ – wie in den vergangenen Jahren – deutliche Schwerpunkte erkennen: 38 % der männlichen und 54 % der weiblichen Auszubildenden konzentrierten sich auf jeweils 10 von insgesamt 327 anerkannten Ausbildungsberufen. Bei den jungen

▶ **Abb 7** Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen – in Tausend



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Pflegeberufe

Rund 63 200 junge Menschen haben im Herbst 2016 eine Berufsausbildung in einem Pflegeberuf begonnen. Pflegeberufe werden nach wie vor in erster Linie von Frauen erlernt, auch wenn der Anteil der Männer leicht angestiegen ist. So waren 2016 von den neuen Auszubildenden 49 200 Frauen (79 %) und 14 000 Männer (21 %).

Gegenüber 2006 ist die Zahl der Ausbildungsanfängerinnen und Aus-

bildungsanfänger im Pflegebereich um 43 % gestiegen. Bei den Frauen betrug der Anstieg 40 %, bei den Männern 54 %.

Zu den Pflegeberufen zählen die Ausbildungen zum/zur Gesundheits- und Krankenpfleger/-pflegerin, Kinderkrankenpfleger/-pflegerin oder Altenpfleger/-pflegerin sowie die nur ein Jahr dauernde Ausbildung als Pflegehelfer/-helferin.

ten Ausbildungsberufen. Bei den jungen Männern rangierte der Beruf des Kraftfahrzeugmechatikers mit 7,4 % der männlichen Auszubildenden bei den am stärksten besetzten Berufen eindeutig an erster Stelle. Dann folgten die Berufe Industriemechaniker (5,1 %) und Elektroniker (4,4 %). Bei den jungen Frauen waren die Berufe Kauffrau für Büromanagement (10,7 %), Medizinische Fachangestellte (7,5 %) und Kauffrau im Einzelhandel

(6,2 %) am stärksten besetzt. Frauen erlernen neben den Berufen im dualen Ausbildungssystem häufig auch Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen – beispielsweise Gesundheits- und Krankenpflegerin oder Altenpflegerin –, deren Ausbildung meistens rein schulisch erfolgt. Da die Wahl des Ausbildungsberufes stark von den am Ausbildungsmarkt vorhandenen Stellen abhängt, kann man bei den genannten, am stärksten besetzten

Berufen, nicht zwingend von den »beliebtesten Berufen« sprechen. ▶ [Abb 8](#)

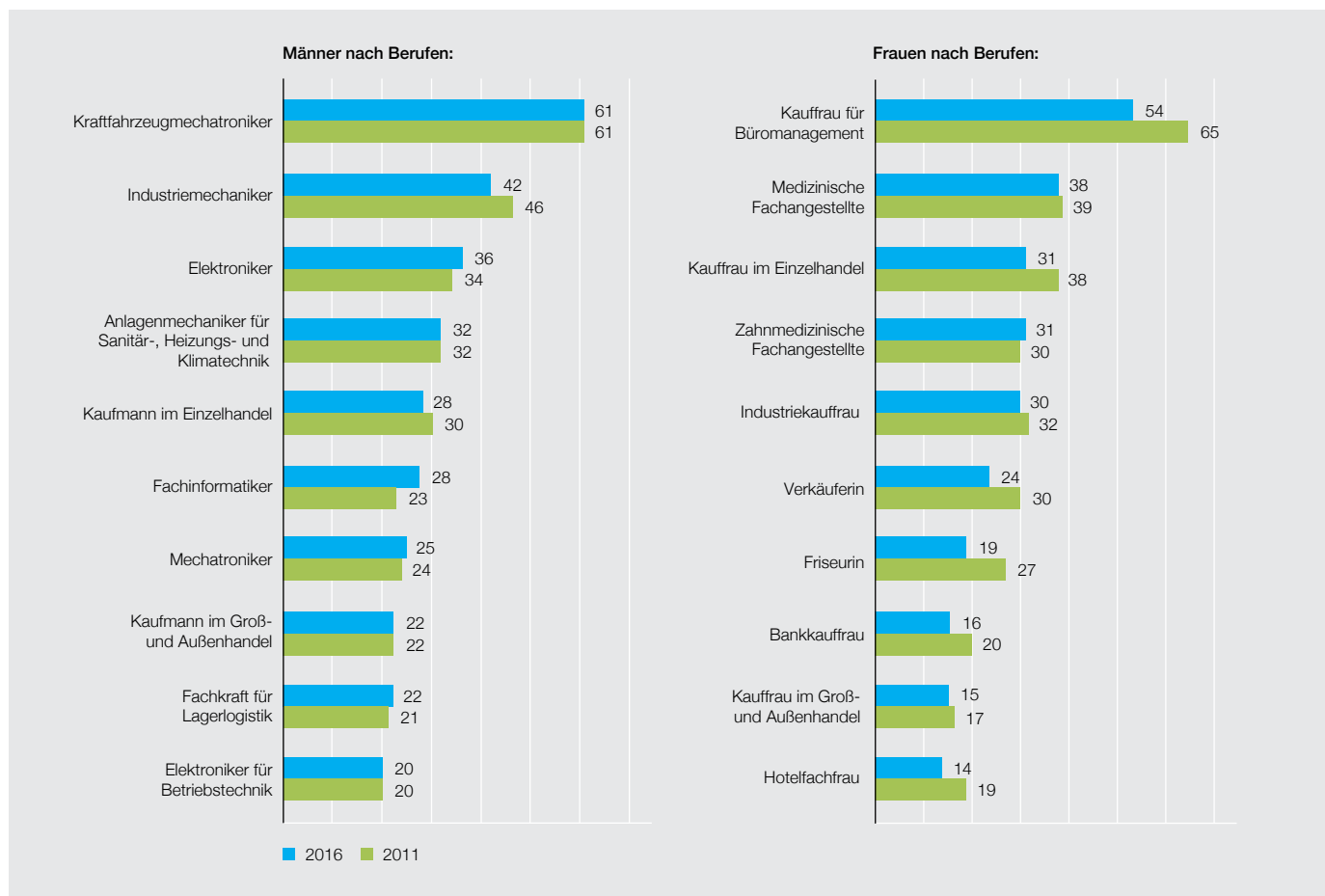
Von den 1,3 Millionen Jugendlichen, die sich 2016 in einer Berufsausbildung im dualen Ausbildungssystem befanden, waren rund 96 500 Ausländerinnen beziehungsweise Ausländer. Ihr Anteil an den Auszubildenden ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich von 4,2 % im Jahr 2006 auf 7,3 % im Jahr 2016 angestiegen. Im Vergleich zum Ausländeranteil an den Absolventinnen und Absolventen allgemeinbildender Schulen (2016: 8,1 %) waren Ausländerinnen und Ausländer im dualen System unterrepräsentiert. Von den ausländischen Auszubildenden besaßen im Jahr 2016 etwa 28 % einen türkischen Pass, 13 % die Staatsangehörigkeit eines der Nachfolgestaaten

des früheren Jugoslawiens, 8,5 % die italienische und 4,1 % die polnische Staatsangehörigkeit. In der Statistik über die Berufsbildung und in der Schulstatistik werden Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit als Deutsche nachgewiesen.

Nicht alle Jugendlichen, die eine Ausbildung beginnen, bringen diese auch zum Abschluss. Ein gutes Viertel (26 %) löste den Ausbildungsvertrag 2016 vor Erreichen der Abschlussprüfung auf. Die Gründe für diese vorzeitigen Lösungen können bei dem beziehungsweise der Auszubildenden liegen, bedingt zum Beispiel durch einen Betriebs- oder Berufswechsel. Deutliche Unterschiede zeigen sich nach schulischer Vorbildung: Während etwa 39 % der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss ihren Ausbildungs-

vertrag im Jahr 2016 vorzeitig lösten, waren es 15 % der Auszubildenden mit Fachhochschul- beziehungsweise Hochschulreife. Bei diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass mit niedrigerem Schulabschluss Nachteile bei der Ausbildungsplatzsuche verbunden sind. So entsprechen Kompetenzen häufiger nicht den Anforderungen oder Auszubildende müssen einen Beruf ergreifen, der ihnen weniger liegt. Ebenso gibt es auf Ausbilderseite Gründe, den Ausbildungsvertrag vorzeitig zu lösen, etwa bei Aufgabe des Betriebes oder Wegfall der Ausbildungsereignung. Ein großer Teil der Jugendlichen, der einen Ausbildungsvertrag vorzeitig gelöst hat, beginnt anschließend erneut eine Ausbildung im dualen System.

▶ **Abb 8** Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Berufen — in Tausend



Mit einer bestandenen Abschlussprüfung beendeten 2016 rund 400 000 Jugendliche erfolgreich ihre Ausbildung. Im dualen Ausbildungssystem können diese Prüfungen zweimal wiederholt werden. Rund 90 % der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer bestanden die Prüfung. ▶ [Abb 9](#)

3.1.4 Hochschulen

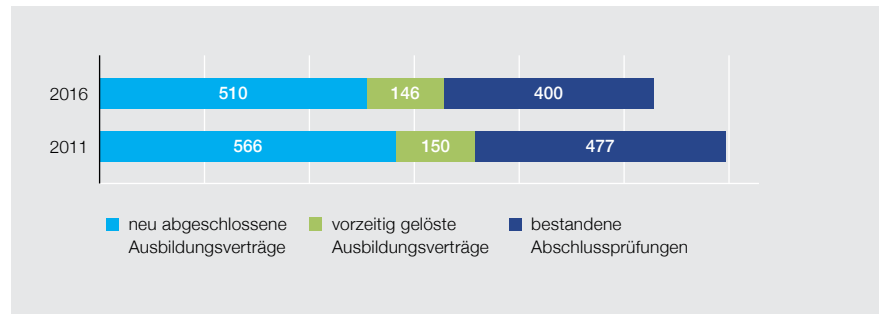
Der Hochschulbereich ist der Teil des Bildungssystems, der eine akademische Ausbildung vermittelt. Die Hochschulen sind von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Stellung Deutschlands im internationalen Wettbewerb, da sie wissenschaftlichen Nachwuchs qualifizieren und mit ihren Forschungsergebnissen die Grundlagen für Innovationen schaffen. Im Wintersemester 2016/2017 gab es in Deutschland insgesamt 428 staatlich anerkannte Hochschulen, darunter 181 Universitäten (einschließlich Theologischer und Pädagogischer Hochschulen sowie Kunsthochschulen) und 247 Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen). Wegen der stärker praxisbezogenen Ausbildung nennen sich Fachhochschulen heute häufig Hochschulen der angewandten Wissenschaften.

Studierende, Studienanfängerinnen und Studienanfänger

Im Wintersemester 2016/2017 waren etwas mehr als 2,8 Millionen Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben – so viele wie nie zuvor. Verglichen mit dem Wintersemester 2006/2007 hat sich ihre Zahl um 42 % erhöht. Dieser Anstieg ist auf einen längerfristigen Trend zur Höherqualifizierung zurückzuführen. Insgesamt waren 65 % der Studierenden im Wintersemester 2016/2017 an Universitäten und 35 % an Fachhochschulen eingeschrieben.

Die Zahl der »Erstis«, der Studienanfängerinnen und Studienanfänger, die im Studienjahr 2016 (Sommersemester 2016 und Wintersemester 2016/2017) erstmals ein Studium an einer deutschen Hochschule aufgenommen haben, er-

▶ **Abb 9** Ausbildungsverträge und bestandene Abschlussprüfungen – in Tausend



▶ **Tab 5** Studierende, Studienanfängerinnen und Studienanfänger – in Tausend

	Insgesamt		Universitäten ¹		Fachhochschulen ²	
	Studierende	1. HS	Studierende	1. HS	Studierende	1. HS
2006	1 979	345	1 409	228	571	117
2011	2 381	519	1 605	320	776	199
2014	2 699	505	1 768	294	931	211
2015	2 758	507	1 792	297	966	210
2016	2 807	510	1 811	297	996	213

Studierende im Wintersemester, Studienanfänger/-innen im 1. Hochschulsemester (1. HS) im Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester).

1 Universitäten einschließlich Kunsthochschulen, Pädagogischen und Theologischen Hochschulen.

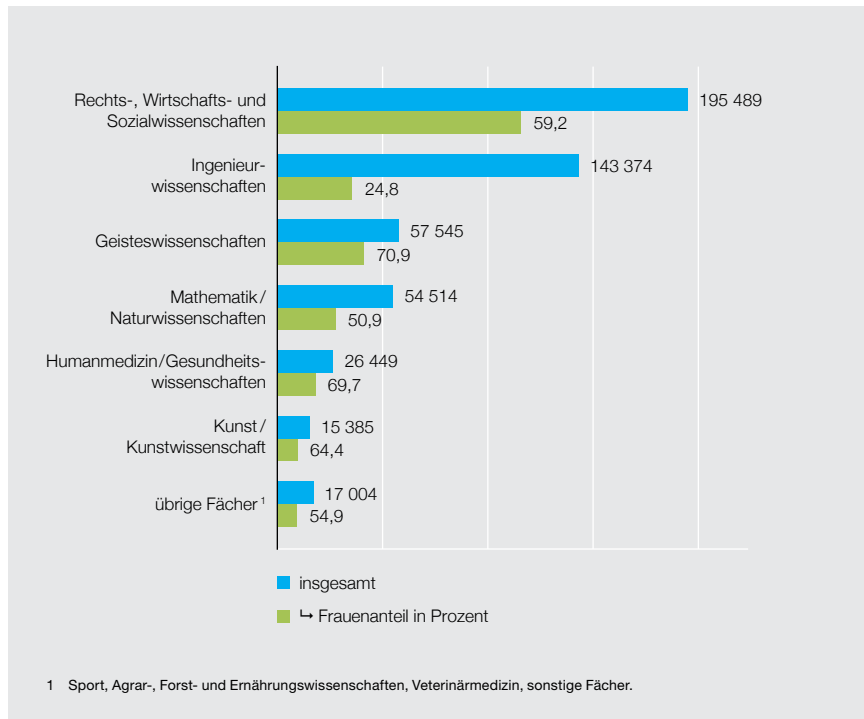
2 Fachhochschulen einschließlich Verwaltungsfachhochschulen.

reichte mit rund 510 000 erneut einen sehr hohen Wert. Insgesamt stieg die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger um 48 % verglichen mit dem Studienjahr 2006. Dabei war der Zuwachs an Fachhochschulen mit +82 % deutlich höher als an Universitäten mit +30 %. ▶ [Tab 5](#)

Die Wahl eines Studienfaches wird von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst: von den persönlichen Interessen der Studienanfängerinnen und Studienanfänger, vom Studienangebot der Hochschulen oder von Zulassungsbeschränkungen (zum Beispiel Numerus-Clausus-Regelungen und hochschulinterne Zulassungsverfahren). Eine wichtige Rolle bei der Wahl des Studiengangs spielen auch die zum Zeitpunkt der Einschreibung wahrgenommenen und künftig erwarteten Chancen, die ein Studienabschluss

auf dem Arbeitsmarkt bietet. Die meisten »Erstsemester« (38 %) schrieben sich 2016 in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein. Dies war bereits vor zehn Jahren mit 36 % der Erstsemestereinschreibungen der Fall. Im Jahr 2016 betrug der Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften 28 %, was einen Anstieg um rund 4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2006 bedeutet. Auf die Geisteswissenschaften und die Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften entfiel 2016 jeweils ein Anteil von 11 % der Studienanfängerinnen und Studienanfänger. Gegenüber 2006 ist der Anteil der Geisteswissenschaften um gut 5 Prozentpunkte und damit stärker gesunken als der Anteil der Mathematik und Naturwissenschaften (–1,5 Prozentpunkte).

► **Abb 10 Studienanfängerinnen und Studienanfänger im ersten Hochschulsemester nach Fächergruppen im Studienjahr 2016**



► **Info 2**

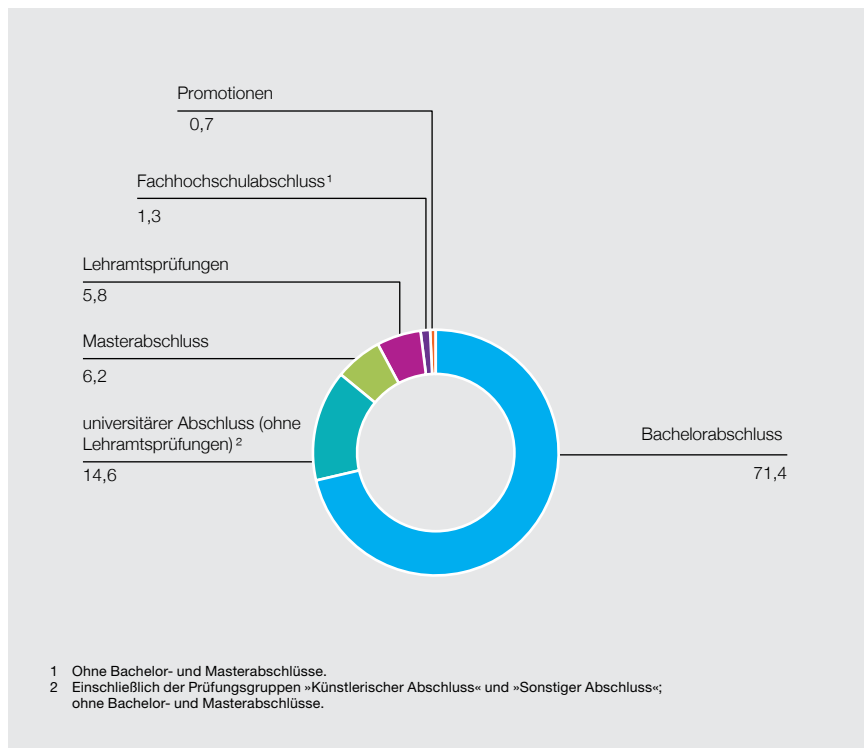
Der Bologna-Prozess

Im Juni 1999 unterzeichneten die Wissenschaftsministerinnen und -minister aus 29 europäischen Ländern die sogenannte Bologna-Erklärung zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums. Wichtigstes Ziel dieses Reformprozesses war die Einführung des zweistufigen Studiensystems mit den Abschlüssen Bachelor und Master, welche die herkömmlichen Abschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen bis 2010 (bis auf wenige Ausnahmen) ablösen sollten. Durch die internationale Vereinheitlichung der Studienabschlüsse sollten Studierende sowie Absolventinnen und Absolventen innerhalb Europas mobiler und die Attraktivität der Hochschulen über die europäischen Grenzen hinaus gesteigert werden.

Im Jahr 2016 war etwas mehr als die Hälfte (51 %) der Studienanfänger weiblich. Der Frauenanteil variierte allerdings je nach fachlicher Ausrichtung des Studiums. In den Fächergruppen Geisteswissenschaften (71 %), Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (70 %), Kunst/Kunstwissenschaft (64 %), Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften/Veterinärmedizin (60 %) sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (59 %) waren die Studienanfängerinnen deutlich in der Mehrheit. In der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften stellte sich das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von 51 % nahezu ausgeglichen dar. In der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften (25 %) waren Studienanfängerinnen hingegen deutlich unterrepräsentiert. ► [Abb 10](#)

Die Umstellung des Studienangebots im Zuge des Bologna-Prozesses zeichnete sich zunächst in den Studienanfängerzahlen ab, setzte sich bei der Zahl der Studierenden fort und wirkte sich zeitverzögert auf die Absolventenzahlen aus. Die Bologna-Reform hat vor allem dazu geführt, dass seit 1999 die traditionellen Diplomabschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen gegenüber den neu eingeführten Bachelor- und Masterabschlüssen kontinuierlich an Bedeutung verloren haben ► [Info 2](#)

► **Abb 11 Studienanfängerinnen und Studienanfänger im ersten Hochschulsemester nach angestrebtem Abschluss im Studienjahr 2016 – in Prozent**



Im Studienjahr 2016 begannen 78 % der Studienanfängerinnen und Studienanfänger ein Bachelor- oder Masterstudium (ohne Lehramts-Bachelor und -Master). Zehn Jahre zuvor waren es rund 42 %. Rund 15 % der Studienanfängerinnen und Studienanfänger strebten im Studienjahr 2016 einen universitären Abschluss (zum Beispiel Diplom [Uni], Magister), 5,8 % eine Lehramtsprüfung, 1,3 % einen Fachhochschulabschluss und 0,7 % eine Promotion an. Von den Studienanfängerinnen und Studienanfängern in Lehramtsstudiengängen studierten rund 44 % die Fächergruppe Geisteswissenschaften, 24 % Mathematik/Naturwissenschaften und 21 % Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. ▶ [Abb 11](#)

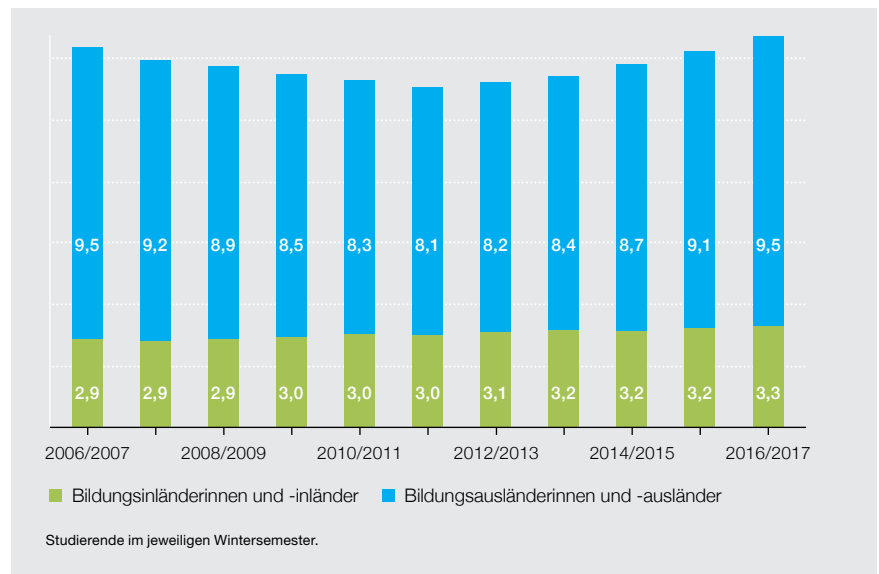
Ausländische Studierende

Im Wintersemester 2016/2017 waren an deutschen Hochschulen insgesamt 358 900 Studierende mit ausländischer Nationalität immatrikuliert. Im Wintersemester 2006/2007 lag der Ausländeranteil an der Gesamtzahl der Studierenden bei 12 %, sank dann leicht ab und erreichte mit 13 % einen neuen Höchststand im Wintersemester 2016/2017. ▶ [Abb 12](#)

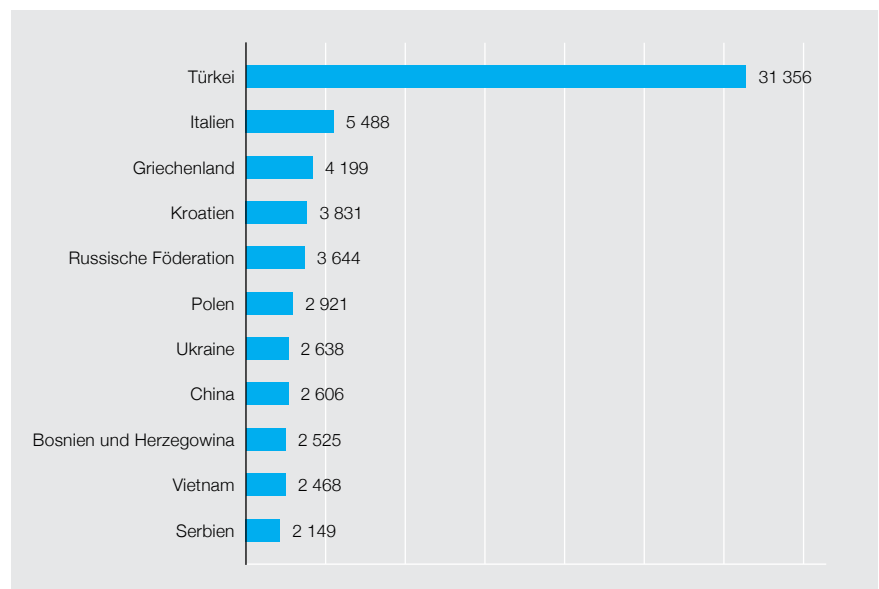
Von den Studierenden mit ausländischer Nationalität waren 26 % sogenannte Bildungsinländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im deutschen Bildungssystem erworben haben. Hier handelt es sich meist um Kinder von Zuwanderinnen und Zuwanderern, die teilweise bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben und die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes behalten haben, sowie Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende. Die mit Abstand größte Gruppe unter den Bildungsinländern bildeten im Wintersemester 2016/2017 Studierende mit türkischer Staatsangehörigkeit (34 %), gefolgt von denen mit italienischer Herkunft (5,9 %) und denen mit griechischen Wurzeln (4,5 %). ▶ [Abb 13](#)

Bei den sogenannten Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern handelt es sich um die Gruppe der ausländischen Studierenden, die grenzüberschreitend mobil ist und ihre Hochschul-

▶ **Abb 12 Anteil ausländischer Studierender an den Studierenden insgesamt – in Prozent**



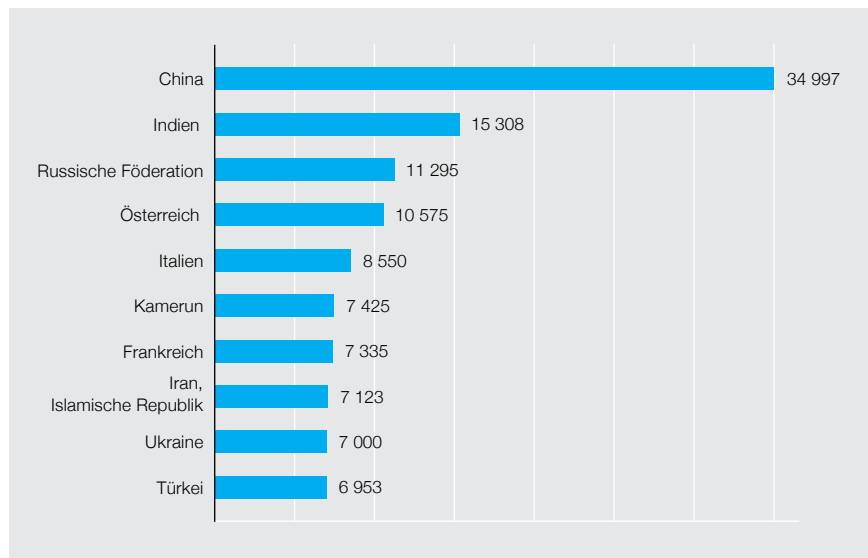
▶ **Abb 13 Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer nach Herkunftsländern im Wintersemester 2016/2017**



zugangsberechtigung außerhalb Deutschlands erworben hat. Im Wintersemester 2006/2007 betrug der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an der Gesamtzahl der Studierenden rund 9,5 %, sank dann leicht ab und stieg bis zum Wintersemester 2016/2017 wieder auf rund 9,5 % an. Im Winterse-

mester 2016/2017 studierten 265 500 Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an deutschen Hochschulen, 41 % mehr als im Wintersemester 2006/2007. Die Anteile der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer variierten je nach fachlicher Ausrichtung des Studiums: So studierten im Wintersemester 2016/2017

► **Abb 14** Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer nach Herkunftsländern im Wintersemester 2016/2017



rund 37 % von ihnen Ingenieurwissenschaften, 26 % Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 12 % Geisteswissenschaften und 11 % Mathematik/Naturwissenschaften. Die meisten ausländischen Nachwuchsakademikerinnen und Nachwuchsakademiker kamen aus China (13 %), gefolgt von Indien mit 5,8 % und der Russischen Föderation mit 4,3 %. ► [Abb 14](#)

Gleichzeitig lernen deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen; im Jahr 2015 waren es rund 137 700. Das beliebteste Zielland war Österreich mit 20 % aller deutschen Auslandsstudierenden, gefolgt von den Niederlanden mit 16 %, dem Vereinigten Königreich und der Schweiz mit jeweils 11 % sowie den Vereinigten Staaten mit 7,4 %. In jedem dieser Länder studierten 2015 mehr als 10 000 Deutsche. Der Großteil der deutschen Auslandsstudierenden (69 %) blieb innerhalb der Europäischen Union. ► [Abb 15](#)

Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen

Zwischen 2006 und 2016 stieg die Zahl der bestandenen Prüfungen an Hochschulen – auch aufgrund der Bologna-Reform – stetig an und erreichte 2016 mit

491 700 Prüfungen den bisherigen Höchststand. Frauen haben mehr als die Hälfte (51 %) der im Jahr 2016 bestandenen Hochschulabschlüsse erworben.

Von den Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2016 erwarben 51 % einen Bachelorabschluss und weitere 25 % einen Masterabschluss. Eine Lehramtsprüfung legten 8,9 % ab und 7,0 % verließen die Hochschule mit einem Universitätsdiplom. Den Dokortitel erlangten 6,0 % der Absolventinnen und Absolventen und 2,0 % einen traditionellen Fachhochschulabschluss. ► [Tab 6](#)

Das mittlere Alter (Median) der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen, die 2016 ihr Erststudium erfolgreich abgeschlossen haben, lag bei 24 Jahren. Die Studiendauer ist abhängig von der Art des erworbenen akademischen Grades. Bei Bachelorabschlüssen betrug die mittlere Fachstudiendauer im Prüfungsjahr 7,0 Semester. Das Masterstudium baut auf ein vorangegangenes Studium – in der Regel ein Bachelorstudium – auf. Für einen Masterabschluss benötigten Studierende 2016, einschließlich der im vorangegangenen Studium verbrachten Semester, eine mittlere Ge-

samtstudiendauer von 11,7 Semestern. Im Vergleich dazu betrug die mittlere Gesamtstudiendauer bei Universitätsdiplomen und vergleichbaren Abschlüssen 12,3 Semester.

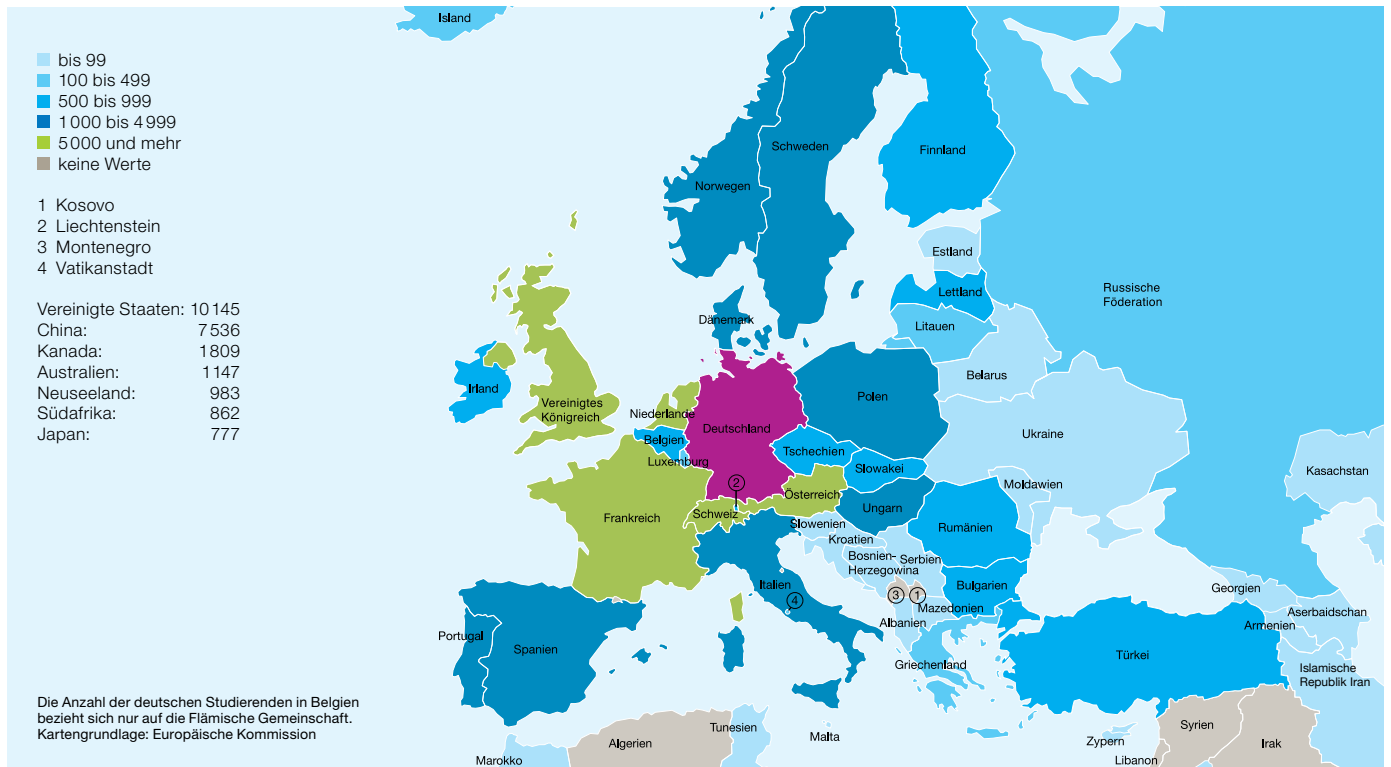
Personelle und finanzielle Ressourcen

Rund 691 400 Menschen waren 2016 an deutschen Hochschulen beschäftigt. Zu beachten ist, dass das Hochschulpersonal nicht nur lehrt, sondern in einem beträchtlichen Umfang Aufgaben in den Bereichen Krankenbehandlung (Universitätskliniken) sowie Forschung und Entwicklung wahrnimmt. Rund 56 % des Hochschulpersonals zählten zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und rund 44 % der Beschäftigten waren in der Hochschulverwaltung oder in technischen und sonstigen Bereichen tätig.

Nahezu zwei Drittel (63 %) des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals waren im Jahr 2016 hauptberuflich beschäftigt. Zum hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal zählen Professorinnen und Professoren, Dozentinnen und Dozenten, Assistentinnen und Assistenten, wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben. Weitere 37 % der Beschäftigten gehörten dem nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal an, das aus Lehrbeauftragten, wissenschaftlichen Hilfskräften sowie Gastprofessorinnen und Gastprofessoren besteht.

Steigende Studierendenzahlen erfordern einen Personalzuwachs: In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der insgesamt an Hochschulen in Deutschland Beschäftigten um 37 %. Das wissenschaftliche und künstlerische Personal wuchs im gleichen Zeitraum sogar um insgesamt 55 %. Dabei war im 10-Jahres-Vergleich der Anstieg beim nebenberuflichen wissenschaftlich-künstlerischen Personal deutlich stärker (+ 81 %) als beim hauptberuflichen (+ 43 %). Während im Jahr 2006 noch 79 700 Menschen

► **Abb 15** Deutsche Studierende im Ausland nach Studienland 2015



in der Gruppe des nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals beschäftigt waren, stieg die Zahl bis zum Jahr 2016 auf 144 400 Beschäftigte an. Der Zuwachs ist vor allem auf die Lehrbeauftragten zurückzuführen, deren Zahl von 60 300 im Jahr 2006 auf 99 100 im Jahr 2016 gestiegen ist. Aber auch die Zahl der wissenschaftlichen Hilfskräfte hat sich mehr als verdoppelt: von 18 000 im Jahr 2006 auf 43 400 im Jahr 2016. ► [Abb 16](#)

Der Anstieg der Beschäftigten in der Hochschulverwaltung oder in technischen und sonstigen Bereichen fiel mit + 19% vergleichsweise moderat aus.

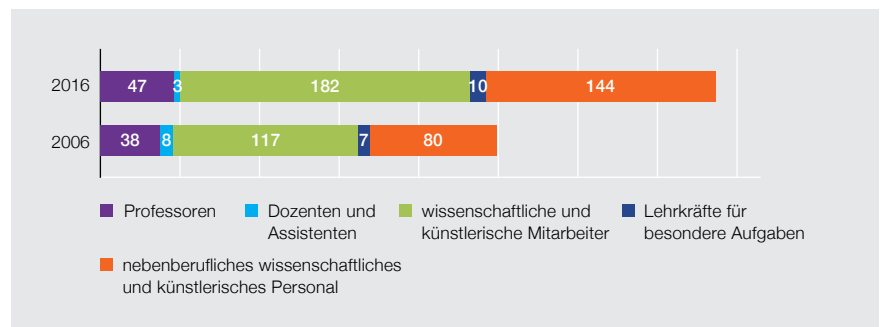
Die Hochschulen in öffentlicher und privater Trägerschaft in Deutschland gaben im Jahr 2016 für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung insgesamt 52,1 Milliarden Euro aus. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den Ausgaben für das Personal, für den laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen. Die

► **Tab 6** Bestandene Prüfungen an Hochschulen — in Tausend

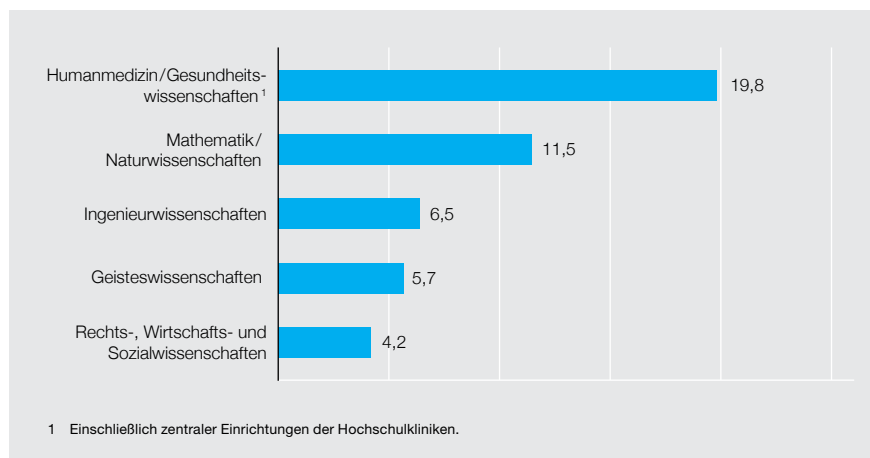
	Ins-gesamt	Darunter					
		universitärer Abschluss ¹	Promotionen	Lehramtsprüfungen	Fachhochschulabschluss ²	Bachelorabschluss	Masterabschluss
2006	266	106	24	26	82	15	11
2011	392	94	27	39	39	152	41
2014	461	51	28	43	12	229	97
2015	482	39	29	44	10	246	114
2016	492	35	29	44	10	250	124

1 Einschließlich der Prüfungsgruppen »Künstlerischer Abschluss« und »Sonstiger Abschluss«; ohne Lehramts-, Bachelor- und Masterabschlüsse.
2 Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

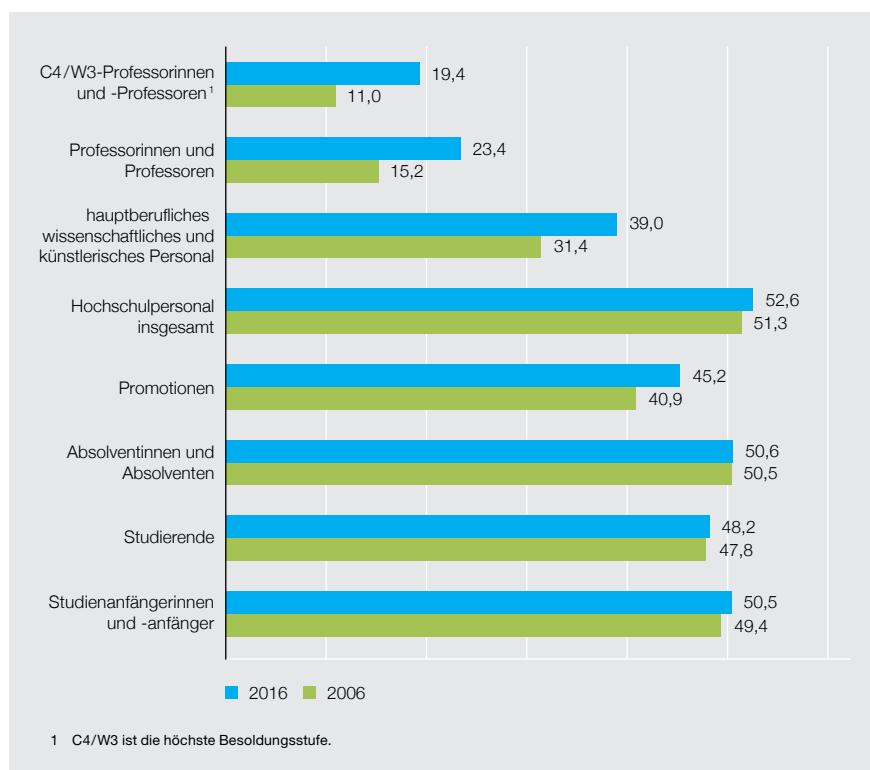
► **Abb 16** Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal — in Tausend



► **Abb 17 Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden nach Fächergruppen 2016 – in Tausend Euro**



► **Abb 18 Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn – in Prozent**



Fächerstruktur bestimmt in besonderem Maße die Hochschulausgaben: Rund 47 % entfielen auf die medizinischen Einrichtungen (einschließlich zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken). Der Anteil der eingeschriebenen Studierenden in

Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften lag im Wintersemester 2016/2017 aber nur bei etwas über 6 %. Demgegenüber waren im gleichen Zeitraum in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Geisteswissen-

schaften zusammen etwa die Hälfte (rund 49 %) aller Studierenden eingeschrieben. Ihr Anteil an den gesamten Ausgaben im Hochschulbereich betrug allerdings lediglich gut 11 %.

Die Finanzierung dieser Ausgaben erfolgt einerseits durch die Finanzausstattung, die die Hochschulen vonseiten des Trägers erhalten (sogenannte Trägermittel), andererseits große Teile durch Verwaltungseinnahmen (beispielsweise Einnahmen aus Krankenbehandlungen, Beiträge der Studierenden) sowie durch Drittmittel, die primär für Forschungszwecke eingeworben werden. Seit 2006 haben sich die Drittmiteleinnahmen von 3,9 Milliarden Euro auf 7,5 Milliarden Euro annähernd verdoppelt. Im gleichen Zeitraum stiegen die Trägermittel um 50 % (von 16,5 Milliarden Euro auf 24,7 Milliarden Euro).

Bei den laufenden Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Einrichtungsträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Im Jahr 2016 betragen die laufenden Ausgaben (Grundmittel) an deutschen Hochschulen durchschnittlich 7 200 Euro je Studierenden.

Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) waren aufgrund des Ausgabenverhältnisses zu den Studierenden in den Fächergruppen unterschiedlich. Sie differierten im Jahr 2016 zwischen 4 200 Euro je Studierenden der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bis zu 19 800 Euro je Studierenden der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften. ► [Abb 17](#)

Frauen auf der akademischen Karriereleiter

Die Verwirklichung von Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wissenschaft und Forschung ist nach wie vor ein wichtiges Thema in der deutschen Bildungspolitik. Auf den ersten Blick scheinen die Barrieren für den Zugang junger Frauen zur akademischen Ausbildung abgebaut: Jeweils etwas mehr als die Hälfte (51 %) der Studierenden im ersten Hochschulsemester und der Hochschulabsol-

ventinnen und Hochschulabsolventen im Jahr 2016 waren Frauen. Auch der Frauenanteil auf weiterführenden Qualifikationsstufen ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Allerdings nimmt er mit steigendem Qualifikationsniveau und Status der einzelnen Positionen auf der akademischen Karriereleiter kontinuierlich ab. Während im Jahr 2016 bereits 45 % der Dokortitel von Frauen erworben wurden, lag die Frauenquote bei den Habilitationen erst bei 30 %.

Rund 53 % der im Jahr 2016 an deutschen Hochschulen Beschäftigten waren Frauen, was in etwa dem Frauenanteil (51 %) an der Gesamtbevölkerung entspricht. Im Bereich Forschung und Lehre sind Frauen allerdings immer noch unterrepräsentiert: Ihr Anteil lag in der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals bei 39 %. In der Professorenschaft ist der Frauenanteil traditionell niedrig. In den vergangenen zehn Jahren ist er aber deutlich angestiegen und erreichte 2016 mit 23 % seinen bisherigen Höchststand. In den bestbezahlten Besoldungsstufen der Professoren (C4 und W3) lag der Anteil der Professorinnen bei 19 %. ▶ [Abb 18](#)

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass sich selbst ein starker Anstieg des Frauenanteils bei den Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen zunächst nicht direkt auf den Anteil bei den Habilitationen oder Professuren auswirkt, da der Erwerb von akademischen Abschlüssen sehr zeitintensiv ist. So liegen zwischen dem Zeitpunkt der Ersteinschreibung und der Erstberufung zur Professorin beziehungsweise zum Professor in Deutschland etwa 20 Jahre.

3.1.5 Bildungsförderung

Um jeder Person den Zugang zu Bildung zu ermöglichen – unabhängig vom eigenen Einkommen oder dem Einkommen der Eltern –, hat der Staat verschiedene Förderprogramme geschaffen. Dieser Abschnitt stellt die drei zahlenmäßig bedeutendsten Programme vor.

▶ Info 3

Ausbildungsförderung – »BAföG«

Die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) soll zusammen mit anderen direkten Leistungen (zum Beispiel Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch diese Förderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen Zugang zu einer Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung erhalten.

Derzeit wird Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse 10 und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, nur an auswärts (nicht bei den Eltern) untergebrachte Schülerinnen und Schüler geleistet. »Schüler-BAföG« gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen oder Fach- und Fachoberschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Im Schulbereich wird die Ausbildungsförderung vollständig als Zuschuss geleistet.

Ausbildungsförderung für Studierende nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erhalten junge Erwachsene, die höhere Fachschulen, Akademien und Hochschulen besuchen. Im Hochschulbereich wird die Ausbildungsförderung je zur Hälfte als Zuschuss und als unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wird anstelle von Zuschuss und unverzinslichem Darlehen ein verzinsliches Darlehen gewährt, zum Beispiel nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer.

Ausbildungsförderung für Studierende

Durchschnittlich 364 000 Studierende wurden im Jahr 2017 durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) gefördert. Davon waren 242 000 an Universitäten und 119 000 an Fachhochschulen eingeschrieben. Rund 59 % aller geförderten Studierenden erhielten nur eine Teilförderung, die geleistet wird, wenn die Einkommen der Begünstigten oder ihrer Eltern festgelegte Grenzen übersteigen. Eine Vollförderung – also den maximalen Betrag – bekamen rund 41 % der Unterstützten. ▶ [Info 3, Tab 7](#)

Insgesamt wurden vom Bund für die Studierendenförderung 2,2 Milliarden Euro aufgewendet. Seit dem 1. Januar 2015 hat der Bund die vollständige Finanzierung der Förderung übernommen. Im Durchschnitt erhielt in Deutschland eine geförderte Studentin beziehungsweise ein Student 499 Euro im Monat.

Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler

Im Jahr 2017 erhielten durchschnittlich 139 000 Schülerinnen und Schüler eine Ausbildungsförderung. Rund 73 000 von ihnen besuchten eine Berufsfachschule

und 18 000 eine Fachschule, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt. Zwei Drittel aller Schülerinnen und Schüler, die »Schüler-BAföG« erhielten, bekamen eine Vollförderung, also den Förderungshöchstbetrag. Ein Drittel erhielt eine Teilförderung. Insgesamt wendete der Bund 758 Millionen Euro für die Schülerförderung auf. Im Durchschnitt bekam ein unterstützter Schüler beziehungsweise eine Schülerin 456 Euro im Monat (siehe Tab 7).

Aufstiegsfortbildungsförderung

Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) – auch kurz »Aufstiegs-BAföG« genannt – wurden 2017 an 165 000 Personen gezahlt. Das »Aufstiegs-BAföG« unterstützt Personen, die sich nach abgeschlossener Erstausbildung auf einen Fortbildungsabschluss vorbereiten, zum Beispiel zur Handwerksmeisterin beziehungsweise zum Handwerksmeister, Fachwirtin beziehungsweise Fachwirt oder zur Erzieherin beziehungsweise zum Erzieher. Knapp zwei Drittel der geförderten Personen waren Männer und etwas mehr als ein Drittel Frauen. Der finanzielle Aufwand betrug 2017 insgesamt 641 Millionen

► Info 4

**Aufstiegsförderung –
»Aufstiegs-BAföG«**

Die Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) soll Nachwuchskräften helfen, ihre Weiterbildung für einen Fortbildungsabschluss zu finanzieren, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Diese Förderung, auch »Aufstiegs-BAföG« genannt, wurde 1996 eingeführt. Das Gesetz gewährt allen Fachkräften einen Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung für alle Formen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Der angestrebte Abschluss muss über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegen. Damit erstreckt sich die Förderung auf alle Bildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der Freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft, die gezielt auf anerkannte Prüfungen, zum Beispiel nach der Handwerksordnung oder anderen öffentlich rechtlichen Prüfungsordnungen, vorbereiten. Hierzu gehören auch Fortbildungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen sowie an staatlich anerkannten Ergänzungsschulen. Die Leistungen für alle Teilnehmenden bestehen aus einem sogenannten Maßnahmebeitrag (für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren) bis zu einer Höhe von 15 000 Euro, der mit einem Anteil von 40 % als Zuschuss und im Übrigen als Darlehen gewährt wird. Ferner werden im Bedarfsfall Leistungen zum »Prüfungsstück« bis zu einer Höhe von 2 000 Euro, darunter 40 % als Zuschuss, gewährt. Geförderte in Vollzeitform können darüber hinaus monatliche Zuschüsse und Darlehen für den Lebensunterhalt und die Kinderbetreuung erhalten.

Euro. Jeweils rund die Hälfte der Unterstützten besuchten eine Vollzeitfortbildung (49 %) oder eine Teilzeitfortbildung (51 %). Beide Fortbildungsarten weisen für die Frauen mit rund einem Drittel und für die Männer mit zwei Dritteln eine nahezu identische Verteilung auf. Die Geförderten waren überwiegend zwischen 20 und 35 Jahre alt. Die häufigsten Fortbildungsberufe nach dem »Aufstiegs-BAföG« waren 2017 bei den Männern Industriemeister Metall, gefolgt vom staatlich geprüften Maschinenbautechniker und vom staatlich geprüften Elektrotechniker. Die gefragtesten Berufe bei den Frauen waren Erzieherin, gefolgt von der geprüften Wirtschaftsfachwirtin und der Friseurmeisterin. ► Info 4, Tab 8

► Tab 7 **Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)**

	Geförderte (durchschnittlicher Monatsbestand)	Finanzieller Aufwand	Durchschnittlicher Förderungsbetrag je Person
	Anzahl	in 1 000 Euro	in Euro je Monat
Schülerinnen und Schüler			
2007	193 334	697 275	301
2012	189 936	912 949	401
2015	161 004	814 010	421
2016	147 471	770 675	435
2017	138 580	758 489	456
Studierende			
2007	331 141	1 490 718	375
2012	440 228	2 365 026	448
2015	401 166	2 157 626	448
2016	377 304	2 099 110	464
2017	364 097	2 181 049	499
BAföG-Empfängerinnen und -empfänger insgesamt			
2007	524 490	2 188 065	348
2012	630 164	3 277 975	433
2015	562 170	2 971 636	441
2016	524 775	2 869 785	456
2017	502 677	2 939 538	487

► Tab 8 **Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)**

	Geförderte	Finanzieller Aufwand		
		insgesamt	Zuschuss	Darlehen
	Anzahl	in 1 000 Euro		
2007	133 592	356 024	105 580	250 444
2012	168 284	545 920	176 203	369 717
2015	162 013	558 032	181 439	376 594
2016	161 725	576 153	215 802	360 351
2017	164 537	640 641	269 900	370 741

3.1.6 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft (sogenanntes Humankapital) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Für den Einzelnen verbessert ein hoher Bildungsstand

die Erwerbschancen sowie die Chancen auf eine individuelle Lebensführung und die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Aktuelle Angaben über den Bildungsstand der Gesamtbevölkerung werden jährlich aus dem Mikrozensus gewonnen, der größten jährlich durchgeführten Haushaltsbefragung Europas (siehe Kapitel 2.1, Seite 52, Info 1).

► Tab 9 Allgemeinbildender Schulabschluss der Bevölkerung 2016

	Insgesamt ¹	Noch in schulischer Ausbildung	Mit allgemeinbildendem Schulabschluss					Ohne allgemeinbildenden Schulabschluss ²
			Haupt-(Volks-)schulabschluss	Abschluss der Polytechnischen Oberschule	mittlerer Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
Im Alter von ... bis ... Jahren								
in 1 000								
25–29	5 368	22	909	–	1 528	2 691	6	189
30–39	10 309	13	2 021	–	3 166	4 622	21	429
40–49	11 413	/	2 646	1 101	3 110	3 999	24	490
50–59	13 132	/	3 875	1 848	3 057	3 762	30	515
60 und älter	22 677	/	11 998	1 866	3 368	4 225	61	915
Zusammen	62 900	43	21 449	4 816	14 230	19 299	142	2 537
in %								
25–29	100	0,4	16,9	–	28,5	50,1	0,1	3,5
30–39	100	0,1	19,6	–	30,7	44,8	0,2	4,2
40–49	100	/	23,2	9,6	27,2	35,0	0,2	4,3
50–59	100	/	29,5	14,1	23,3	28,6	0,2	3,9
60 und älter	100	/	52,9	8,2	14,9	18,6	0,3	4,0
Zusammen	100	0,1	34,1	7,7	22,6	30,7	0,2	4,0

1 Einschließlich 383000 Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

2 Einschließlich Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

– Nichts vorhanden.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

► Tab 10 Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung 2016

	Insgesamt ¹	Mit beruflichem Bildungsabschluss ²							Ohne beruflichen Bildungsabschluss ³	Davon	
		Lehre/Berufsausbildung im dualen System ⁴	Fachschulabschluss ⁵	Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR	Bachelor	Master	Diplom ⁶	Promotion		in schulischer oder beruflicher Bildung	nicht in schulischer oder beruflicher Bildung
Im Alter von ... bis ... Jahren											
in 1 000											
25–29	5 368	2 373	446	–	536	337	362	16	1 262	483	779
30–39	10 309	4 801	909	–	432	346	1 838	173	1 739	127	1 612
40–49	11 413	6 031	1 060	74	103	86	2 016	179	1 782	17	1 765
50–59	13 132	7 238	1 312	194	47	35	2 060	185	1 959	/	1 955
60 und älter	22 677	11 869	1 647	417	31	20	2 817	276	5 208	/	5 206
Zusammen	62 900	32 311	5 375	685	1 148	824	9 093	829	11 950	633	11 317
in %											
25–29	100	44,2	8,3	–	10,0	6,3	6,7	0,3	23,5	9,0	14,5
30–39	100	46,6	8,8	–	4,2	3,4	17,8	1,7	16,9	1,2	15,6
40–49	100	52,8	9,3	0,7	0,9	0,8	17,7	1,6	15,6	0,1	15,5
50–59	100	55,1	10,0	1,5	0,4	0,3	15,7	1,4	14,9	/	14,9
60 und älter	100	52,3	7,3	1,8	0,1	0,1	12,4	1,2	23,0	/	23,0
Zusammen	100	51,4	8,5	1,1	1,8	1,3	14,5	1,3	19,0	1,0	18,0

1 Einschließlich 557000 Personen, die keine Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben sowie 128000 Personen ohne Angabe zur Art des Abschlusses.

2 Abschlüsse an Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen) und Hochschulen werden nach ihrem Grad (Bachelor, Master, Diplom) unterschieden. Die bisher unter »Fachschulabschluss« enthaltenen akademischen Abschlüsse an Berufsakademien werden ebenfalls Bachelor, Master und Diplom zugeordnet.

3 Einschließlich Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

4 Einschließlich eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, 1-jährige Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie 330000 Personen mit Anlernausbildung.

5 Einschließlich einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie Abschluss an einer Schule für Erzieher/-innen.

6 Einschließlich Lehramtsprüfung, Staatsprüfung, Magister, künstlerischer Abschluss und vergleichbare Abschlüsse.

– Nichts vorhanden.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Ergebnisse des Mikrozensus.

Dem Mikrozensus 2016 zufolge hatten 53 % der Befragten ab 25 Jahren einen sogenannten höherwertigen Schulabschluss: Einen mittleren Abschluss besaßen 23 %, und 31 % Abitur oder Fachhochschulreife. In der Gruppe der 25- bis 29-Jährigen konnten gut 79 % einen solchen Abschluss vorweisen (28 % mittleren Abschluss, 50 % Fachhochschul- oder Hochschulreife). Von den Alters-

jahrgängen ab 60 Jahren hatten dagegen lediglich 15 % einen mittleren Abschluss und 19 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. ▶ Tab 9

Als höchsten beruflichen Bildungsabschluss besaßen im Jahr 2016 rund 51 % der Bevölkerung ab 25 Jahren eine Lehre. Über einen akademischen Abschluss (einschließlich Promotion) verfügten 19 %, und 10 % über einen Fachschulab-

schluss beziehungsweise einen Fachschulabschluss der ehemaligen DDR. Weitere 18 % hatten (noch) keinen beruflichen Abschluss und waren auch nicht in Ausbildung. ▶ Tab 10

Heute werden die Angebote des allgemeinen Bildungssystems von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen, sodass bei der jüngeren Generation mittlerweile mehr Frauen als Männer

Bildungsstand von Personen mit Migrationshintergrund nach Zeitpunkt des Zuzugs

Der Bildungsstand der Bevölkerung ab 25 Jahren unterscheidet sich zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Im Jahr 2016 besaßen 33 % der Personen mit Migrationshintergrund dieser Altersgruppe die Hochschulreife, während es bei den Personen ohne Migrationshintergrund 30 % waren. Beim Hochschulabschluss lag der Anteil für beide Bevölkerungsgruppen bei jeweils 19 %.

Bei Personen mit Migrationshintergrund unterscheidet sich der Bildungsstand zudem stark nach Herkunftsland und Zuzugsjahr. Unter den zwischen 2000 und 2009 Zugezogenen ab 25 Jahren (vor allem Zuwanderung aus Osteuropa infolge des EU-Beitritts 2004) finden sich mehr Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen (26 %) als im Bevölkerungsdurchschnitt (19 %). Bei den Neuzuwanderungen ab 2014 (vor allem Zuwanderung von Schutzsuchenden aus den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, Afghanistan und Pakistan) lag dieser Anteil mit 29 % wieder unter dem Anteil der Personen mit Hochschulabschluss, die im Zeitraum von 2010 bis 2013 nach Deutschland zugewandert

sind (33 %). Dabei handelte es sich überwiegend um gut ausgebildete Menschen, die nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aus den südeuropäischen EU-Ländern Spanien, Portugal, Italien und Griechenland nach Deutschland zugewandert sind.

Ein anderes Bild zeigt sich bei den Personen ohne Berufsabschluss. Hier lag 2016 der Anteil bei den Zugewanderten ab 25 Jahren in allen Zuzugsjahren über 37 % und damit deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt von 19 %. In den Zuzugsjahren von 2014 bis 2016 lag der Anteil mit 43 % noch einmal deutlich höher als in den Vorjahren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Personen ohne Berufsausbildung in der Mehrzahl der wichtigsten Herkunftsländer in diesen Jahren höher lag als üblich. Während sich die Zahl der Zuwanderer ohne Berufsabschluss für die meisten Herkunftsländer ab 2014 nur geringfügig verändert hat, stieg die Zahl der Zuwanderer mit einem hohem Anteil an Personen ohne Berufsabschluss aus den Ländern Syrien, Irak und Afghanistan im Vergleich zu den Vorjahren sehr stark an.

▶ Info 5

Wie setzen sich die Ausgaben im Rahmen des Bildungsbudgets zusammen?

Sie umfassen die Ausgaben für das formale Bildungssystem in Abgrenzung der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED-2011-Level). Dazu zählen direkte Ausgaben für Bildungseinrichtungen, Ausgaben für Bildungsdienste und Güter außerhalb von Bildungseinrichtungen und Ausgaben für die Förderung der Teilnehmenden an formalen Bildungsprogrammen.

Bei den direkten Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Schulen, Ausbildungsbetriebe, Hochschulen) handelt es sich um Ausgaben für das Lehr- und sonstige Personal, für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, für Heizung, Elektrizität, die Reinigung und Erhaltung von Schulgebäuden sowie die Ausgaben für den Bau von Schulgebäuden und für andere Investitionsgüter. Entsprechend internationaler Konventionen enthalten die Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen auch die Ausgaben an Hochschulen für Forschung und Entwicklung.

Bei den Ausgaben außerhalb formaler Bildungseinrichtungen handelt es sich beispielsweise um Ausgaben, die von den Lernenden zur Vorbereitung, zum Besuch und zur Nachbereitung des Unterrichts geleistet werden (wie Nachhilfeunterricht, Anschaffung von Büchern, Taschenrechnern und Schreibwaren). Zur Förderung von Teilnehmenden an formalen Bildungsprogrammen zählt zum Beispiel das »BAföG«.

Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung

Sie umfassen Ausgaben für nicht formale Bildungseinrichtungen wie Horte, betriebliche Weiterbildungskurse, die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen, Volkshochschulen, Einrichtungen der Lehrerfortbildung sowie der Jugendarbeit.

Das Bildungsbudget basiert auf der Auswertung zahlreicher Erhebungen. Dabei sind die Finanzstatistiken der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Kommunen) die wichtigsten Datenquellen.

► Tab 11 Bildungsausgaben und deren Anteile am Bruttoinlandsprodukt (BIP)

	Bildungsausgaben		Anteile am BIP			
	2015	2016 ¹	2015	2016 ¹		
	in Milliarden Euro		in % des BIP			
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung nach der ISCED-Gliederung²		175,9	179,7	5,8	5,7
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft		157,1	160,4	5,2	5,1
A31	ISCED 0 – Elementarbereich		26,3	27,3	0,9	0,9
A32	ISCED 1 bis 4 – Schulen und schulnaher Bereich		91,2	93,1	3,0	3,0
A33	ISCED 5 bis 8 – Tertiärbereich		37,2	37,7	1,2	1,2
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)		2,3	2,4	0,1	0,1
A40/50	Übrige Ausgaben in internationaler Abgrenzung		18,8	19,3	0,6	0,6
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung		19,0	20,4	0,6	0,7
B10	Betriebliche Weiterbildung		11,1	11,2	0,4	0,4
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote		6,9	7,5	0,2	0,2
B30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung		1,0	1,6	0,0	0,1
A+B	Bildungsbudget insgesamt		194,9	200,1	6,4	6,4

1 Vorläufige Angaben.

2 ISCED-2011-Level.

einen höheren Bildungsabschluss nachweisen. In der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen hatten im Jahr 2016 knapp 48 % der Männer und 53 % der Frauen Abitur oder Fachhochschulreife. Betrachtet man den Migrationshintergrund der Bevölkerung, so verläuft die Entwicklung des Bildungsstandes unterschiedlich: Bei Personen ohne Migrationshintergrund steigt der Anteil der Personen mit Hochschulreife bei den jüngeren Jahrgängen an. Bei der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen lag der Anteil bei 54 % und bei den 25- bis 29-Jährigen betrug er 51 %. Bei den Personen mit Migrationshintergrund lag der Anteil bei den 20- bis 24-Jährigen bei 45 %, während der Anteil bei den 25- bis 29-Jährigen bei 48 % lag. Bei den Hochschulabschlüssen ist dieser Unterschied nicht zu beobachten: Hier steigt der Anteil bei beiden Personengruppen – mit und ohne Migrationshintergrund – zu den jüngeren Jahrgängen hin an. Im Jahr 2016 verfügten 29 % der 30- bis 34-Jährigen ohne Migrationshintergrund und 26 % der 30- bis 34-Jährigen mit Migrationshintergrund über einen Hochschulabschluss. Bei der

Altersgruppe der 35- bis 39-Jährigen betrug der Anteil 27 % beziehungsweise 23 %.

3.1.7 Das Bildungsbudget für Deutschland

Die Höhe der Bildungsausgaben beeinflusst die Entwicklung des Bildungswesens entscheidend. Einen Überblick zur Ressourcenausstattung des Bildungswesens gibt das Bildungsbudget. Es orientiert sich an der Konzeption des lebenslangen Lernens. Der größte Teil des Bildungsbudgets entfällt auf die Ausgaben für formale Bildungsprogramme nach der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED). Als nationale Ergänzung umfasst das Bildungsbudget zusätzlich Ausgaben für nicht formale Bildung. ► Info 5

Die Ausgaben für formale und nicht formale Bildung zusammen betragen im Jahr 2016 nach vorläufigen Berechnungen 200,1 Milliarden Euro und lagen damit um 2,7 % über dem Wert des Vorjahres. Der Anteil der Bildungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug 2016 – wie im Vorjahr – rund 6,4 %.

Die Ausgaben für formale Bildungsprogramme nach internationaler Abgrenzung lagen 2016 bei 179,7 Milliarden Euro. Knapp 90 % dieser Gelder wurden für öffentliche und private Bildungseinrichtungen verwendet (unter anderem Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen). Die Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Programmen sowie die Ausgaben der privaten Haushalte für Nachhilfeunterricht, Lernmittel und dergleichen betragen 2016 rund 19,3 Milliarden Euro.

Die Ausgaben für nicht formale Bildung lagen im Jahr 2016 bei 20,4 Milliarden Euro. Davon entfiel mit 11,2 Milliarden Euro über die Hälfte auf die betriebliche Weiterbildung. Für die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen wurden 1,6 Milliarden Euro ausgegeben. Die Mittel für weitere Bildungsangebote betragen 7,5 Milliarden Euro. ► Tab 11

3.2 Weiterbildung

Reinhard Pollak
WZB

WZB/SOEP

Für viele Menschen in Deutschland und Europa werden der Alltag und das Berufsleben zunehmend komplex. Die sich rasant entwickelnde Digitalisierung und die weiter voranschreitende Internationalisierung verschiedener Lebensbereiche machen die Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben anspruchsvoller. Das einst erlernte Wissen reicht in vielen Bereichen nicht mehr aus, um mit den gestiegenen Anforderungen Schritt halten zu können. Der Schlüssel für eine erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe liegt in einer kontinuierlichen Weiterbildung beziehungsweise im lebenslangen Lernen. Dies gilt aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung mehr denn je auch für Menschen jenseits des Rentenalters. Doch wie viele Menschen in Deutschland nehmen an Weiterbildung teil? Welche Personen bilden sich häufig weiter, welche mitunter gar nicht? Aus welchen Gründen nehmen die Menschen an Weiterbildung teil und wer bietet sie an? Bevor in diesem Kapitel auf die einzelnen Entwicklungen eingegangen wird, gilt es zunächst zu klären, was überhaupt unter Weiterbildung und lebenslangem Lernen verstanden wird.

In Deutschland wird Weiterbildung oft verstanden als »die Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten ersten Bildungsphase und in der Regel nach Aufnahme einer Erwerbs- oder Familientätigkeit« (Definition Kultusministerkonferenz 2001). Im internationalen Kontext hat sich die Unterscheidung in drei verschiedene Lernaktivitäten durchgesetzt: Formales Lernen meint Lernaktivitäten im Rahmen des üblichen Bildungssystems, an deren Ende eine formale Qualifikation steht, etwa ein Schul- oder Berufsabschluss oder ein Meister- oder Technikerabschluss (abschlussbezogene Fortbildungen). Non-formales Lernen findet außerhalb von Schulen und Hochschulen statt. Es gibt dabei aber eine klar strukturierte Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden. Beispiele sind Kurse und Lehrgänge,

Schulungen, Seminare oder auch Privatunterricht. Falls es ein Zertifikat für die Teilnahme gibt, ist dies kein allgemein anerkannter Bildungsabschluss. Informelles Lernen schließlich umfasst alle absichtsvollen Lerntätigkeiten, bei denen es keine klare Lehrenden/Lernenden-Beziehung und keine klare Kursstruktur gibt, etwa beim Lesen von Fachbüchern, beim Austausch mit Kolleginnen und Kollegen oder bei der Nutzung von Lernprogrammen.

Auch in Deutschland wird diese Unterscheidung zwischen formalem Lernen, nonformalem Lernen und informellem Lernen zunehmend wichtiger in der Berichterstattung zu Weiterbildung. Daher werden im Folgenden diese drei Lernformen für Erwachsene dargestellt.

Die Bildungsbeteiligung von Erwachsenen erfolgt in sehr unterschiedlichen Kontexten, unter anderem in Betrieben, Meisterschulen, Hochschulen, Volkshochschulen oder bei privaten Weiterbildungsanbietern. Die Erfassung von Weiterbildungsaktivitäten kann daher – anders als bei der Erstausbildung – nicht über Bildungsstatistiken von Schulen oder Hochschulen erfolgen. Üblicherweise werden in Bevölkerungsumfragen die Menschen direkt danach gefragt, ob sie in den vergangenen zwölf Monaten an formalem, nonformalem oder informellem Lernen teilgenommen haben. Für Deutschland gibt es diesbezüglich zwei wichtige Datenquellen: Der Adult Education Survey ist eine repräsentative, im zweijährigen Rhythmus durchgeführte Befragung, die auch in anderen europäischen Ländern durchgeführt wird. Dieser Datensatz ist eine gute Grundlage, um Aussagen über Trends in der Weiterbildungsbeteiligung der Bevölkerung treffen zu können. Das Nationale Bildungspanel (NEPS) befragt jährlich immer wieder die gleichen Personen. Der Vorteil hierbei ist, dass man das individuelle Weiterbildungsverhalten von Menschen über lange Zeit beobachten kann und somit mehr über Gründe und Erträge von lebenslangem Lernen erfährt.

3.2.1 Teilnahme an Weiterbildung

Wie viele Personen nehmen an Weiterbildung in Deutschland teil? Die Auswertungen des Adult Education Survey zeigen, dass jährlich etwas über die Hälfte der 25- bis 64-Jährigen in Deutschland an formalem und/oder nonformalem Lernen teilnimmt (52 % im Jahr 2016). Sehr auffällig ist, dass in der hier dargestellten Altersspanne das nonformale Lernen bei Weitem das formale Lernen übersteigt, das heißt, die Weiterbildung in allererster Linie über Kurse und Lehrgänge und nicht über zusätzliche Bildungszertifikate geschieht. Bei den 25- bis 64-Jährigen strebten 2016 nur 3 % einen weiteren Bildungs- oder Berufsabschluss an. Dieser Anteil ist nahezu unverändert über die Zeit, ein Trend zu mehr formalem Lernen ist nicht zu erkennen. Beim nonformalen Lernen ist ebenfalls kein Trend erkennbar, jeweils rund 50 % der Befragten berichteten, in den letzten zwölf Monaten Kurse, Lehrgänge oder Seminare besucht zu haben. Für informelles Lernen sind die Zahlen des Adult Education Survey über die Zeit nicht vergleichbar. Im Jahr 2016 gaben von den 25- bis 64-jährigen Befragten 43 % an, dass sie sich an informellen Lernaktivitäten beteiligt hätten. Häufig waren dies Menschen, die auch über formale oder nonformale Lernaktivitäten berichteten. ▶ Abb 1

Wie ungleich ist die Weiterbildungsteilnahme in der Bevölkerung verteilt? Gibt es Unterschiede nach Geschlecht, Alter, Bildung und Erwerbsstatus sowie zwischen Ost- und Westdeutschland? Wegen der zahlenmäßig besonderen Bedeutung von nonformalem Lernen werden im Folgenden vor allem Ergebnisse für diese Form der Weiterbildung dargestellt. Hierfür werden Ergebnisse für alle Erwachsenen im Alter von 18 bis 64 Jahren gezeigt.

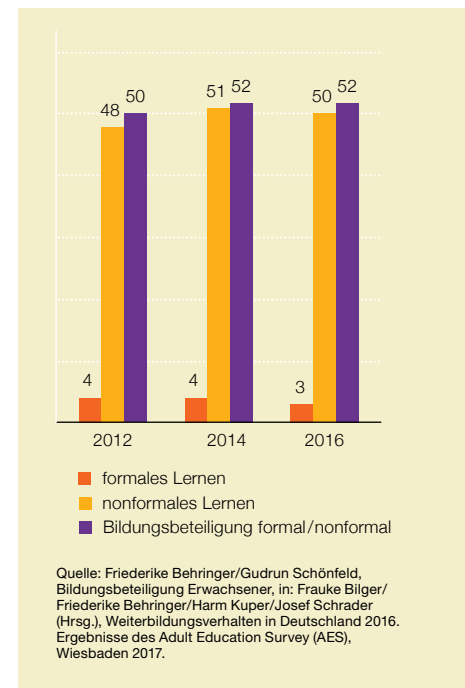
In der erwachsenen Bevölkerung bis 64 Jahre berichtete 2016 jeder Zweite über eine nonformale Lernaktivität in den vergangenen zwölf Monaten. Deutliche Unterschiede gab es im Ausmaß der Beteiligung zwischen verschiedenen Erwerbs-

gruppen: 56 % der Erwerbstätigen nahmen mindestens einmal im Jahr an einem Kurs oder Lehrgang teil. Hingegen nahmen Arbeitslose oder Nichterwerbspersonen (das heißt nicht arbeitend und nicht aktiv arbeitssuchend) mit 27 % beziehungsweise 29 % nur halb so oft an nonformaler Weiterbildung teil wie Erwerbstätige. Ein Grund hierfür ist, dass Kurse und Lehrgänge häufig über den Arbeitgeber angeboten werden. Das bedeutet aber auch, dass Arbeitslose und Nichterwerbspersonen, denen Weiterbildung vermutlich viel für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt bringen würde, nur bedingt Zugang zu denjenigen Kursen und Lehrgängen haben, die für Arbeitgeber relevant sind. ▶ Tab 1

Ähnlich deutlich sind die Unterschiede nach dem höchsten beruflichen Abschluss. Während ungefähr zwei Drittel (68 %) der Menschen mit Hochschulabschluss in den vergangenen zwölf Monaten an Kursen oder Lehrgängen teilgenommen hatten, tat dies nur ein Drittel der Menschen ohne Berufsabschluss (34 %). Bei Personen mit abgeschlossener Lehre war es knapp die Hälfte (46 %). Weitergehende Analysen mit den Daten des Nationalen Bildungspanels zeigen, dass dieser Vorsprung von Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen in erster Linie mittelbar über den ausgeübten Beruf zustande kommt. Personen mit hohen Abschlüssen üben Berufe aus, die viel Weiterbildung erfordern (zum Beispiel Ärztinnen und Ärzte, Juristinnen und Juristen, Steuerberaterinnen und -berater oder Lehrerinnen und Lehrer). Dagegen haben Menschen ohne oder mit einem niedrigen Abschluss eher Berufe, in denen sehr wenig Weiterbildung angeboten wird, unter anderem in der Gastronomie oder im Reinigungsgewerbe.

Für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund findet man ebenfalls merkbare Unterschiede. Menschen mit Migrationshintergrund nahmen in Deutschland seltener an nonformaler Weiterbildung teil. Da diese Menschen häufig einen geringeren formalen Bildungsabschluss

▶ Abb 1 Beteiligung von 25- bis 64-Jährigen an formalem und nonformalem Lernen in Deutschland 2012–2016 — in Prozent



haben als Menschen ohne Migrationshintergrund, wirken zum Teil die gleichen Mechanismen über den Beruf. Der Unterschied nimmt jedoch über die Zeit hinweg leicht ab.

Die früher häufig gefundenen und diskutierten Unterschiede im Weiterbildungsverhalten zwischen Männern und Frauen einerseits und zwischen Ost und West andererseits haben sich bereits vor einiger Zeit eingeebnet. Im Jahr 2016 waren die Unterschiede praktisch nicht mehr existent. Dagegen findet man weiterhin deutliche Unterschiede in der Weiterbildungsbeteiligung nach Alter. Am häufigsten nahmen Menschen zwischen 30 und 49 Jahren an Weiterbildung teil (54 % bis 56 % im Jahr 2016). Für jüngere Menschen sind die Raten etwas niedriger, da viele noch in Ausbildung oder Studium sind (46 % bis 48 %). Im gehobenen Alter (60 bis 64 Jahre) lag die Weiterbildungsbeteili-

► **Tab 1** Beteiligung an nonformalem Lernen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen 2012–2016 – in Prozent

	2012	2014	2016
Alle Personen (18–64 Jahre)	49	51	50
Erwerbsstatus			
Erwerbstätige	56	58	56
Arbeitslose	29	32	27
Personen in schulischer/beruflicher Bildung	51	54	42
sonstige Nichterwerbspersonen	24	25	29
Beruflicher Abschluss			
kein Berufsabschluss	37	39	34
Lehre/Berufsfachschule	44	47	46
Meister-/Fachschule	65	66	64
Hochschule/Universität	68	67	68
Migrationshintergrund¹			
deutsch ohne Migrationshintergrund	52	53	51
deutsch mit Migrationshintergrund	33		43
ausländische Staatsangehörigkeit	34	32	40
Geschlecht			
Frauen	47	50	50
Männer	51	52	49
Region			
Ost	53	54	51
West	48	50	49
Altersgruppen			
18–24 Jahre	49	50	46
25–29 Jahre	50	58	48
30–34 Jahre	53	58	54
35–39 Jahre	50	54	54
40–44 Jahre	53	53	54
45–49 Jahre	54	51	56
50–54 Jahre	49	54	48
55–59 Jahre	44	42	49
60–64 Jahre	32	36	38

1 2014 wurde nur die Staatsbürgerschaft, nicht aber der Migrationshintergrund erhoben.
Quelle: Frauke Bilger/Alexandra Strauß, Beteiligung an non-formaler Weiterbildung, in: Frauke Bilger/Friederike Behringer/Harm Kuper/Josef Schrader (Hrsg.), Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2016. Ergebnisse des Adult Education Survey (AES), Wiesbaden 2017.

gung deutlich niedriger (38%). Ein Grund hierfür ist der vorzeitige Ausstieg aus dem Erwerbsleben; es gibt für diese Personen seltener die Chancen und Notwendigkeiten für Weiterbildung. Jedoch erhöhte sich der Anteil für diese Altersgruppe kontinuierlich über die Zeit, was auch mit der gestiegenen Erwerbsbeteiligung im Alter zusammenhängt.

Im Rahmen des Adult Education Survey werden Personen immer nur einmal

befragt. Im Rahmen des Nationalen Bildungspanels hingegen gibt es Informationen über die gleichen Personen über viele Jahre hinweg. Dadurch kann untersucht werden, ob es Personengruppen gibt, die dauerhaft nicht an Weiterbildung teilnehmen. In der Tat hatten zwischen 2010 und 2016 etwa 18% der Befragten an keinem Kurs oder Lehrgang teilgenommen. Das heißt, ein Sechstel der erwachsenen Bevölkerung bildet sich dauerhaft

nicht (nonformal) weiter. Dies betrifft auch hier vor allem Geringqualifizierte und tendenziell eher Männer als Frauen. Zudem gibt es deutliche Hinweise, dass diese Personen über die Zeit hinweg auch das Lernen selbst verlernen, also zum Teil gar nicht mehr in der Lage sind, sich Wissen über Weiterbildung anzueignen. Es wird eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, im aktuell stattfindenden Wandel der Arbeitswelt diese Personengruppe nicht gänzlich abzuhängen.

Bei der Teilnahme an formalen und informellen Lernaktivitäten gibt es ebenfalls Unterschiede je nach Personengruppe. Während die Teilnahme an formalen Lernaktivitäten insbesondere von der Bildungsprägung des Elternhauses abhängt, findet man bei informellen Lernaktivitäten ähnliche Unterschiede wie bei der Teilnahme an nonformaler Weiterbildung.

3.2.2 Gründe für die Weiterbildungsteilnahme

Der Adult Education Survey unterscheidet drei Gründe, warum Personen an nonformaler Weiterbildung teilnehmen: Bei betrieblichen Weiterbildungen findet die Weiterbildung in der Regel während der bezahlten Arbeitszeit statt oder der Arbeitgeber beteiligt sich finanziell an den Kurskosten. Bei individuellen berufsbezogenen Gründen ist dies nicht der Fall; die Person belegt den Kurs oder Lehrgang jedoch auch hier hauptsächlich aus beruflichen Gründen. Bei nicht berufsbezogener Weiterbildung erfolgt die Teilnahme eher aus privaten Gründen.

In Deutschland findet die Teilnahme an Kursen und Lehrgängen in erster Linie im betrieblichen Kontext statt. Rund 70% aller nonformalen Weiterbildungsaktivitäten fanden 2016 während der Arbeitszeit statt und/oder der Betrieb übernahm einen Teil der Kosten für die Weiterbildung. Knapp 30% der Weiterbildungen gingen auf Eigeninitiativen jenseits des Betriebs zurück. Hierbei waren 10% individuell berufsbezogen, knapp 20% hatten eher private Gründe. Bei diesen Anteilen zeigt sich über die letzten Jahre hinweg kein eindeut-

tiger Trend. Bestenfalls kommt es zu einer leichten Zunahme der betrieblich bedingten Weiterbildung über die Zeit. Man findet bisher keine Hinweise darauf, dass Personen zunehmend selbst und unabhängig vom Betrieb ihre berufliche Weiterbildung und damit ihre beruflichen Karrieren in die Hand nehmen. ▶ Abb 2

Dieser Befund wird auch durch weiteregehende Analysen mit Daten des Nationalen Bildungspanels gestärkt. Je nach Motivation zur Weiterbildungsteilnahme werden unterschiedliche Formen des Lernens gewählt. Die Personen, die sich beruflich deutlich verändern möchten, wählen eher formale Lernaktivitäten und erwerben einen weiteren Schul- oder Berufsabschluss. Aus betrieblichen Gründen werden in erster Linie nonformale Weiterbildungsaktivitäten (von den Betrieben) gewählt. Beruflich bedingte Anpassungsweiterbildungen (zum Beispiel für Ärztinnen und Ärzte, Steuerberaterinnen und Steuerberater) erfolgen eher informell durch Kongressbesuche oder Fachliteratur. Da es weder bei formalen noch bei nonformalen Lernaktivitäten eine Zunahme über die Zeit gibt, deutet auch nichts auf ein zunehmend individualisiertes Weiterbildungsverhalten hin.

3.2.3 Anbieter von Weiterbildung

Den zunehmenden Bedarf an Weiterbildung erkennt man jedoch an den Betrieben selbst. Im Zeitverlauf nimmt der Anteil der Betriebe, die Lehrveranstaltungen oder andere Formen der betrieblichen Weiterbildung anbieten, zu. Zwischen 2005 und 2015 stieg der Anteil an Betrieben von 70 % auf 77 % – es boten zuletzt also mehr als drei Viertel der Betriebe Weiterbildungsmöglichkeiten für ihre Belegschaft an. Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Fachkräftemangels erscheint dies sowohl sinnvoll als auch notwendig. Allerdings spiegeln die Zahlen auch die konjunkturelle Lage der Betriebe wider.

Neben den Betrieben sind Volkshochschulen die größten Anbieter von Weiterbildung. Im Jahr 2016 verzeichneten die Volkshochschulen über 9,1 Millionen Teilnahmen an Kursen und Fahrten und damit einen leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Die meisten Teilnahmen gab es in den Bereichen Gesundheit und Sprache (jeweils etwa 35 % aller Teilnahmen). Das Angebot der Volkshochschulen wird laut Volkshochschul-Statistik sehr viel häufiger von Frauen als von Männern wahrgenommen (74 % zu 26 %) und tendenziell eher von älteren als

von jüngeren Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Struktur der Kursangebote zeigt, dass nur zu einem kleineren Teil unmittelbar berufsrelevante Inhalte vermittelt werden – wobei die Sprachkurse einen höchst bedeutenden Beitrag zur Integration in den Arbeitsmarkt und damit in die Gesellschaft leisten. Für diejenigen Menschen, die dauerhaft einer Weiterbildungsaktivität fernbleiben, scheinen aber auch die Volkshochschulen bisher nicht der geeignete Anbieter von Kursen und Lehrgängen zu sein. Ob und wie es gelingt, dieses Sechstel der erwachsenen Bevölkerung wieder an das Lernen heranzuführen, wird sich in den kommenden Jahren zeigen müssen.

▶ Abb 2 Anteil an Weiterbildungsaktivitäten nach Grund der Weiterbildungsteilnahme 2012–2016 – in Prozent

